Matthias Schartl
Landräte und Kapp-Putsch 1920 im nördlichen Schleswig-Holstein

Am 13. März 1920 hatten in Berlin unter Führung des Generals Lüttwitz und des ostpreußischen Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp Teile der Reichswehr gegen die junge, noch ungefestigte Republik geputscht und die Macht übernommen. Sie machten die Regierung und die sie stützenden Parteien der Weimarer Koalition (SPD, DDP und Zentrum) für die wirtschaftliche Notlage wie für die inneren Unruhen im Anschluß an die revolutionären Kämpfe seit Januar 1919 verantwortlich und kritisierten dabei insbesondere die Annahme der Friedensbedingungen, „das Versailler Friedensdiktat". Besonders enttäuscht waren sie über den Verlust der deutschen Weltmachtstellung, die jedoch schon im Weltkrieg verloren ging. Hinter Lüttwitz sammelten sich seit dem Sommer 1919 oppositionelle Offiziere, die in einem gewaltsamen Umsturz die letzte Möglichkeit erblickten, die Verhältnisse in ihrem Sinne grundlegend zu verändern. In geheimen Zirkeln wie der „Nationalen Vereinigung" unter der Führung von Wolfgang Kapp und Generalfeldmarschall Erich Ludendorff wurden erste Pläne für die organisatorische und propagandistische Vorbereitung des Staatsstreichs erarbeitet. Gemeinsam mit den oppositionellen Kräften der politischen Rechten lehnten sie die demokratische Grundstruktur des Weimarer Staates grundsätzlich ab. Zudem wollten sie erreichen, daß die im Friedensvertrag festgelegte Reduzierung der Reichswehr gestoppt wurde.

Unmittelbarer Anlaß zur Auslösung des Staatsstreiches bildete die von der Reichsregierung beabsichtigte Auflösung der Freikorps, die im Baltikum einen gnadenlosen Vernichtungskampf gegen den Bolschewismus führten. Lüttwitz forderte von Reichspräsident Ebert am 10. Februar 1920 ultimativ die Rücknahme des Beschlusses und verlangte außerdem nicht nur dessen, sondern auch den Rücktritt der gesamten Regierung sowie Neuwahlen. Nach der prompten Zurückweisung des Ultimatums ließ Lüttwitz am 13. März die Brigade Ehrhardt in Berlin einrücken und zwang die Regierung zur Flucht, erst nach Dresden dann nach Stuttgart. Da sich die Reichswehrführung zunächst weigerte, gegen die Putschisten vorzugehen, blieb die legale Regierung wehr- und waffenlos. Die Sozialdemokratie versuchte daraufhin durch die Ausrufung des Generalstreiks, die Arbeiter zur Verteidigung der Republik zu mobilisieren. Kapp vermochte aber nur eine kleine Gruppe von Verschwörern auf seine Seite zu ziehen, so daß der Spuk der Konterrevolution schon nach vier Tagen am Widerstand der republikanischen Bevölkerung scheiterte.[1] Dennoch hatte es sich gezeigt, daß die demokratischen Parteien, allen voran die SPD, unter erheblichem Vertrauensverlust litten und sich darüber hinaus auch die Mehrheit des deutschen Bürgertums, die den Staatsstreichplänen aus Enttäuschung zum Teil positiv gegenüberstand, in der Folgezeit offen gegen die Republik wandte.

Auch Schleswig-Holstein war einer der zentralen Schauplätze des Putsches. Große Teile der führenden Beamtenschaft und auch die in der Provinz stationierten Reichswehreinheiten und deren Offiziere schlossen sich den Verschwöreren nur wenige Stunden nach Bekanntwerden der Vorgänge in Berlin bereitwil-

[1] Zum Kapp-Putsch allg. Johannes Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch, Düsseldorf 1967; Erwin Koennemann, Hans-Joachim Krusch, Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. Der Kapp-Putsch im März 1920 und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse sowie anderer Werktätiger gegen die Errichtung der Militärdiktatur und für demokratische Verhältnisse, Berlin (DDR) 1972; Dietrich Orlow, Preußen und der Kapp-Putsch, in VHZG 26 (1978), S. 191-236; Vgl. auch Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt 1961, S. 89-99.

lig an, so daß das Land am Abend des 13. März 1920 nahezu vollständig zum Machtbereich der neuen Regierung zählte.[2] Beteiligt am Umsturzversuch waren der Chef der Admiralität von Trotha, der Kommandeur der Marinestation Ostsee, Konteradmiral Magnus von Levetzow, der in enger Tuchfühlung mit dem Chef der Reichswehr-Brigade 9, Generalmajor Paul von Lettow-Vorbek, dessen Wehrbezirk Pommern, Mecklenburg und Schleswig-Holstein umfaßte, die vollziehende Gewalt in Kiel übernahm, so daß weite Teile der Provinz ihrer militärischen Kontrolle unterlagen. Zahlreiche Reichswehroffiziere folgten ihrem Beispiel, so der Garnisonskommandant von Hamburg, Oberst von Wangenheim, der u.a. den Senat und den Altonaer Magistrat für abgesetzt erklärt hatte. In Schleswig meuterten die Offiziere im Schloß Gottorf, und der Garnisonsälteste in Heide, Freiherr von Liliencron, trat, von Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei unterstützt, aktiv für die Putschisten ein. Kiels ehemaliger Oberbürgermeister Lindemann avancierte nach der Verhaftung von Amtsinhaber Heinrich Kürbis zum Oberpräsidenten, Teile seiner Beamten folgten seinem Beispiel. Der ehemalige Haderslebener Landrat Hugo Phillip Freiherr von Löw wurde von Levetzow zum obersten Kieler Polizeichef ausgerufen und Polizeichef Wilhelm Poller verhaftet. Regierungspräsident Pauli lief zu den Putschisten über, und auch zahlreiche Landräte konnten ihre Sympathien für den Staatsstreich nur schlecht verbergen und ergriffen z.B. durch den Weitertransport von Nachrichten und Aufrufen der letztlich „glücklosen" Regierung der „Nationalen Vereinigung" direkt oder indirekt Partei.

Bei den blutigen Straßenkämpfen in Kiel, Schleswig und Eckernförde verloren über 50 Menschen ihr Leben.[3] Daß es dagegen in den Landkreisen nur zu vergleichsweise harmlosen Auseinandersetzungen kam, hing wohl damit zusammen, daß die Arbeiterbewegung als konsequente Verteidigerin der republikanischen Staatsordnung in den agrarischen Distrikten der Provinz wenig verbreitet war. Insbesondere im Norden signalisierten zahlreiche, bei der zugleich ausgetragenen Volksabstimmung besonders aktive konservative und nationalistische Kreise, wenn auch nicht offen und für alle sichtbar, ihre Zustimmung zum Putsch. Sie lehnten ebenso wie die Verschwörer die Versailler Friedensbedingungen mit der darin festgelegten Volksabstimmung als „Schmachfrieden" ab und befanden sich somit in strikter Opposition zur Regierungspolitik.[4]

Überdies gerieten zahlreiche schleswig-holsteinische Landräte und weitere höhere Verwaltungsbeamte in Verdacht, den Staatsstreich unterstützt zu haben. Nach der Niederschlagung des Aufstandes wurden zahlreiche Untersuchungen eingeleitet. Nur gegenüber dem Bordesholmer Landrat Adolph von Heintze aber wurde eine Disziplinarstrafe verhängt. Der Husumer Landrat Nasse, der sofort seines Amtes enthoben worden war, entging der Bestrafung wohl nur durch seinen Tod im Juni 1920.[5] Federführend bei der Verfolgung der Spitzenbeamten des Landes war Eduard Adler, der als Beigeordneter des Regierungspräsidenten von der in Schleswig meuternden Schloß-

[2] Vgl. zum Putsch in der Provinz: Rudolf Rietzler, Kampf in der Nordmark. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein 1919-1928, Neumünster 1982, S. 122 ff; Für den Landkreis Flensburg: Peter Heinacher, Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Stadt- und Landkreis Flensburg 1919-1933, Flensburg 1986, S. 126-132.

[3] Zu den Ereignissen in Kiel: Dirk Dähnhard, Gerhard Granier, Der Kapp-Putsch in Kiel. Eine Dokumentation zum 60. Jahrestag der Märzereignisse von 1920, Kiel 1980; Zu Schleswig: Hermann Clausen, Der Aufbau der Demokratie in der Stadt Schleswig nach zwei Weltkriegen, Flensburg 1966, S. 14-28; Karl Meitmann, Der Kapp-Putsch in Schleswig, in: Grenzfriedenshefte 1963, S. 153-166 und Nils Vollertsen; Der Kapp-Putsch in Schleswig, in: Beiträge zur Schleswiger Stadtgeschichte 24 (1979), S. 139-166; Zu Rendsburg und Eckernförde: Wilfried Kalk, Arbeiterbewegung in Rendsburg seit 1848. Zur Geschichte der IG Metall Verwaltungsstelle bis 1986, Kiel 1987, S. 25 ff.

[4] Vgl. hierzu allg. Hans Dietrich Lehmann, „Der Deutsche Ausschuß" und die Abstimmungen in Nordschleswig 1920, Neumünster 1969, S. 271 ff; Heinacher, S. 126 ff.

[5] Zu den Ereignissen in Bordesholm s. den Beitrag von Uwe Fentsahm in diesem Band. Zu den Ereignissen in Husum vgl. Ernst Schlüter, Husum. Zwischen Revolution und Machtergreifung. Aus der Geschichte der Stadt Husum von 1918-1933, Schleswig 1983, S. 17.

besatzung verhaftet worden war. Das Verfahren gegen Heintze, den Adler am 20. März vorübergehend in den Ruhestand versetzt hatte, wurde jedoch am 13. August eingestellt. Heintze wurde wie der Mehrzahl der Landräte vorgeworfen, amtliche Bekanntmachungen der Putschisten weitergeleitet, damit den Putsch unterstützt und die Beamtenpflicht verletzt zu haben. Schon am 15. Juni hatte der Oberreichsanwalt in einer ersten Einstellungsverfügung aber klargestellt, daß *„die von ihm (Heintze) übrigens nicht aus eigenem Entschluß, sondern auf Veranlassung anderer entwickelte Tätigkeit ... unbedeutend war. Es ist nicht zu widerlegen, daß er geglaubt hat, sie sei auf den Gang der Ereignisse ohne Einfluß und nicht geeignet, das Unternehmen des Hochverrats zu fördern"*. Innenminister Severing sah sich durch diesen Beschluß dazu genötigt, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen. Er sprach gegenüber Heintze aber eine Geldbuße von 3000 RM aus.[6]

Aus den vorliegenden Untersuchungsberichten über die Aktivitäten der schleswig-holsteinischen Landräte soll im folgenden für den Bereich des nördlichen Schleswig-Holstein die Verstrickung der schon in der Kaiserzeit eingesetzten und die Revolution überlebenden Landräte Anton Wallroth und Karl Werther in den Staatsstreich nachverfolgt werden. Zu berücksichtigen ist dabei, daß der Norden der Provinz, wo am 14. März die Abstimmung in der zweiten Zone stattfand, bis auf Schleswig, wo die Auseinandersetzungen vor dem Schloß am 18. März eskalierten, nur am Rande vom Staatsstreich berührt wurde. In der Schleistadt, dem Amtssitz des Regierungspräsidenten, hatten sich die Offiziere dem Putsch sofort angeschlossen, während die demokratisch gesinnten Arbeiter in einer republikanischen Volkswehr zum bewaffneten Widerstand zusammenfanden. Auch in den Gutsbezirken des zum Landkreis Flensburg gehörenden östlichen Angeln waren die Landarbeiter unter Führung des Deutschen Landarbeiterverbandes zum Generalstreik entschlossen, während die um Ruhe und Ordnung besorgte konservative Landbevölkerung in der Überzeugung, daß die demokratischen Parteien schuld am Niedergang des Staates waren, Sympathien für die Ziele der Aufständischen zeigten. Selbst in der Stadt Flensburg, die vom Staatsstreich zunächst überhaupt nicht betroffen war, schlugen die Wellen nach der Niederschlagung des Putsches hoch.

Flensburgs Landrat Anton Wallroth und der Landarbeiterstreik

Im Kreis Flensburg war Landrat Anton Wallroth offenkundig mehr in den Putsch verstrickt, als bisher bekannt war.[7] Er zählte zwar nicht zu den aktiven Teilnehmern, geriet aber bei der Verhinderung des Landarbeiterstreiks im östlichen Angeln erheblich ins Zwielicht, so daß auch gegen ihn ein Untersuchungsverfahren eingeleitet wurde, das letztlich nur aufgrund seiner Position in der Abstimmungsauseinandersetzung eingestellt wurde. Der am 14. Januar 1876 in Birkenfeld (Oldenburg) geborene und seit dem 28. Oktober 1910 im Amt befindliche Wallroth galt als tüchtiger Verwaltungsbeamter und hatte im Weltkrieg bei der Landbevölkerung großes Vertrauen erworben. Als exzellenter Fachmann blieb er in der Revolutionszeit

[6] LAS 301 Nr. 4457.

[7] Vgl. zu den Ereignissen bisher die m.E. zu kurz greifende Dokumentation von Dieter Pust, Der Kapp-Putsch fand im Landkreis Flensburg kein Echo, in: Jb Angeln 40 (1978), S. 29-36. Wesentlich weitergehender und richtiger argumentiert Heinacher, (Anm. 3) S. 126 ff. Im Folgenden wird der Putsch im Landkreis Flensburg anhand weiterer noch unbekannter Quellen dargestellt und dabei die „Verstrickung" Wallroths aber auch der konservativen Landbevölkerung neu gewichtet. Grundlage hierfür ist: LAS Abt. 320-FL, Nr. 1160, Abt. 301, Nr. 4457 u. Nr. 2445 sowie GSTA Dahlem Rep 77, Nr. 5433.

Anton Wallroth (1876-1962), Landrat des Kreises Flensburg von 1910 bis 1932, dann Nachfolger von Waldemar Abegg als Regierungspräsident der Provinz Schleswig-Holstein von 1933 bis 1937. (KA SL-FL).

1918/19 unangefochten in seiner Position. Sein ihm zur Seite gestellter Beigeordneter des Flensburger Arbeiter- und Soldatenrats, der am 12. 12. 1866 in Westerakeby (Kreis Schleswig) geborene Arbeitersekretär Peter Michelsen, übte vor allem wohl aufgrund seines Mandats in der verfassunggebenden Nationalversammlung nur wenig Einfluß aus. Auch dessen Nachfolger, der am 17.5.1884 in Eckernförde geborene Peter Garling, Bäckermeister und Mitglied der Flensburger Stadtverordnetenversammlung, blieb ohne große Wirkung.[8] Zu seinen vorgesetzten Behörden unterhielt Wallroth vorbildliche Verbindung, und er schaffte es so, daß der Kreis Flensburg stets mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet wurde.[9]

Wallroth war führend im „Abstimmungskampf" 1919/20 beteiligt. Hier arbeitete er in exponierter Stellung im Deutschen Ausschuß mit, der federführend alle deutschen Aktivitäten steuerte, und er zählte u.a. zu den Förderern zahlreicher nationaler Kundgebungen wie dem Deutschen Tag auf dem Scheersberg im Mai 1919 und war neben anderen Persönlichkei-

[8] Zu Garling: Pust, Kapp-Putsch, S. 36; Zu Michelsen: STA FL XIII, Z-Pers.

[9] Zu Wallroths Tätigkeit als Landrat vgl. Dieter Pust, Erster Weltkrieg, Revolution, Abstimmung, in: Der Landkreis Flensburg. Ein preußischer Landkreis in Schleswig-Holstein, Flensburg 1981, S. 69-89, Horst Windmann, Der Landkreis Flensburg in der Zeit der Weimarer Republik (1921-1933), in: ebd., S. 89-102, sowie die Biographie von Hans Friedrich Schütt, Anton Wallroth, in: Ebd., S. 236-246, in der Wallroth von Verfehlungen nicht ganz freigesprochen wird: *„Ob die Familienüberlieferung zutrifft, daß Wallroth während des Putsches mit Lettow-Vorbek (*seinem Schwager, M.S.*), dem ‚Militärbefehlshaber' des Kapp-Regimes, in Verbindung gestanden hat, kann man nicht mehr entscheiden"* (S. 241).

ten aus dem Kreis Flensburg Initiator der Gründung des „Deutsch-Schleswig-Holsteinischen Schutz- und Trutzverbandes", dem Vorläufer des Schleswig-Holsteiner Bundes, die am 6. Juli desselben Jahres in Sörup erfolgte. Der „Schutz- und Trutzverband" war eine aus dem Gefühl der Ohnmacht heraus entstandene nationalistische Kampforganisation, die ihre Aufgabe einzig darin erblickte, die Bevölkerung im Sinne reiner Protestpolitik unter konservativer Flagge gegen jegliche *„Vergewaltigung und Überlistung"* zu sammeln, ohne damit jedoch langfristige Perspektiven zu entwickeln.[10]

Wegen dieser Verbindungen sollte Wallroth, der selbst bei seinen Vorgesetzten als tüchtiger Beamter galt, im August 1919 zum Regierungspräsidenten nach Lüneburg versetzt werden. Besonders aufgefallen waren seine Aktivitäten z.B. bei der von ihm inspirierten Kundgebung auf dem Scheersberg im Mai 1919, auf der zahlreiche Redner ihren Auftritt zu einer unverblümten Kritik an der Weimarer Koalitionsregierung und dem parlamentarischen System genutzt hatten. Zu den Gästen zählte überdies — von Wallroth eingeladen[11] — dessen Schwager, Paul von Lettow-Vorbek, der allerdings nicht wie gewünscht, über seine Kriegserlebnisse berichtete, sondern sich nur mit einem längeren Grußwort begnügte und dazu aufforderte, sich im Abstimmungskampf am „aufopferungswilligen" Verhalten seines im Weltkrieg gefürchteten Afrikacorps zu orientieren. Auch die sozialdemokratische „Flensburger Volkszeitung" kam aus dem — wie sie formulierte — *„Staunen nicht heraus"* und brachte ein Originalzitat aus der Rede des Flensburger Marinegarnisonspfarrers Koehne:

„Schmach über die, die es gewagt haben, in der Stunde, da uns das Schwert so nötig war. Kein Mann, kein deutsches Mädchen sieht diese Männer an mit dem Kainszeichen auf der Stirn. Staunend sah der Feind, was wir taten, daß der deutsche Löwe so verenden würde, dessen Schläge er noch heute fürchtet."[12]

Wallroth war in die Schußlinie geraten und sollte durch die Versetzung anscheinend abgemahnt werden. Zur Kritik hatte wohl außerdem auch seine Sympathie für den vom „Deutschen Ausschuß" propagierten Abstimmungsboykott beigetragen, eine Haltung, die er erst wegen der vom Ausschuß seit Mitte August 1919 veränderten Haltung gegenüber der Sozialdemokratie, die für eine Einheitsfront aller Deutschen gewonnen werden mußte, aufgab. Die SPD hatte sich bekanntlich erst relativ spät unter der Führung des Flensburger Arbeitersekretärs Friedrich Bauer über den „Grenzbund" zu einer Zusammenarbeit mit dem Deutschen Ausschuß entschlossen.[13] Wallroths Versetzung wurde jedoch Ende August 1919 zurückgenommen. Entscheidend dabei war die Tatsache, daß das preußische Innenministerium sich dem Druck der konservativen Kreistagsmehrheit beugte und keine Maßnahme durchzusetzen wagte, die die Gefahr mit sich brachte, die Stimmung unter der Bevölkerung negativ zu beeinflussen. Schon bei Bekanntwerden der Verfügung hatte es zahlreiche Proteste gegeben. Der erste Kreisdeputierte, Ökonomierat Peter Jensen (Ausacker), der als persönlicher Freund Wallroths die gleiche politische Linie ver-

[10] Vgl. allg. und jetzt neu die hervorragende Studie von Broder Schwensen, Der Schleswig-Holsteiner-Bund 1919-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der nationalpolitischen Verbände im deutsch-dänischen Grenzland, Frankfurt 1983, hier S. 65 ff.

[11] LAS 320 FL Nr. 770 (Schreiben Wallroths vom 8.5.1919).

[12] FVZ 27.5.1919.

[13] Zu Wallroths Position zu Beginn des Abstimmungkampfes: STA FL XIII Gr (Deutscher Ausschuß), Nr 187 (Sitzungsberichte des Hauptausschusses vom 4.6.1919, 1.7.1919 und 13.8.1919); Vgl. auch: Friedrich Bauer, Ein vergessenes Kapitel, in: GFH 1962, S. 181-193 sowie Eduard Thorn, Die erste Teilung Schleswigs, Hamburg 1921, S. 14 f.

Staatskommissar Adolf Köster bittet darum, Wallroth im Amt zu belassen (August 1919). (GSTA Dahlem Rep 77, Nr. 5433).

innenministerium berlin

Telegraphie des Deutschen Reichs.

Berlin, Haupt-Telegraphenamt

Hmb SI

3500 s schleswig 19/1 30/8 1.20 s

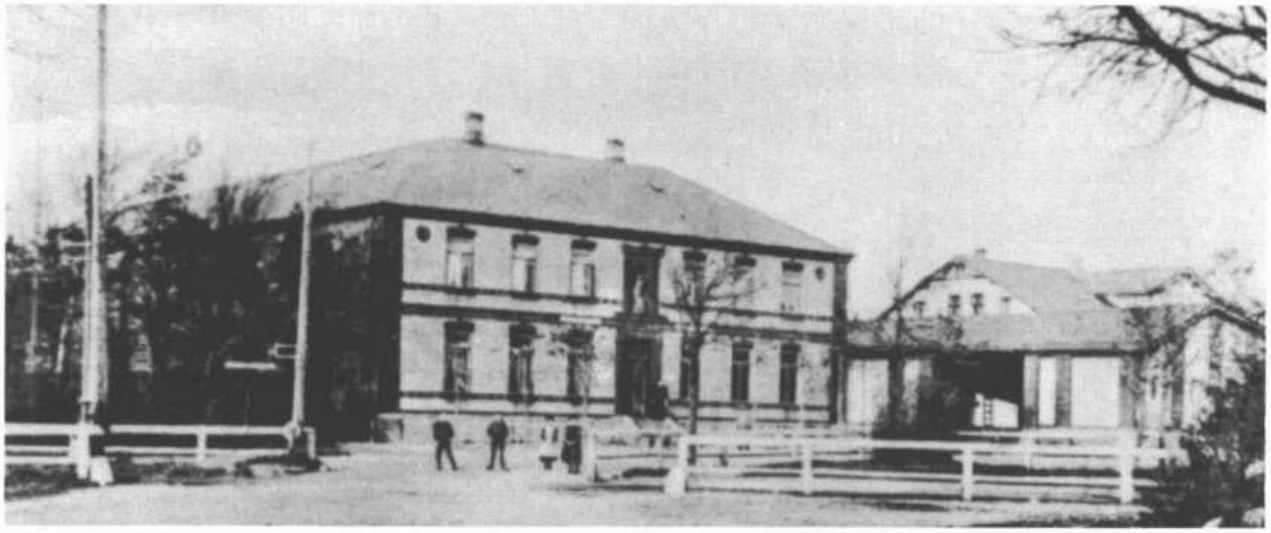
itte aus dringenden staatspolitischen gruenden landrath wallroth
reis flensburg zunichst auf posten zu belassen = koester s

taatskommissar +

trat, depeschierte im Auftrag des Kreisausschusses nach Berlin, verlangte ultimativ die Rücknahme der Versetzung und kündigte den Besuch einer von ihm angeführten Delegation an, um seine Forderungen nochmals persönlich in Berlin darzustellen. Auch der Deutsche Ausschuß (die *„plötzliche Versetzung bedeute schwere Schädigung des Deutschtums, da sie den Eindruck erweckt, als sei Flensburg von Regierung bereits aufgegeben"*) und der gerade erst in Flensburg eingetroffene Staatskommissar Adolf Köster, der spätere Außenminister, baten Innenminister Wofgang Heine (SPD) in dem Sinn nach gleichlautenden Telegrammen darum, *„Wallroth aus staatspolitischen Gründen zunächst auf dem Posten zu belassen"*.[14]

Wallroth, auf den in der heißen Phase der Abstimmung anscheinend nicht verzichtet werden konnte, galt auf seinem Posten als unersetzbar, aber er mußte nach den Präliminarien wenige Wochen vor dem Abstimmungstermin in der zweiten Zone im Februar 1920 das Kreishaus in der Flensburger Waitzstraße verlassen und nach Sörup umziehen. Kurzfristig wurde die kleine, in der Mitte der Landschaft Angeln gelegenen Gemeinde, in der der Kreis mit dem Bahnhof über ein geeignetes Gebäude verfügte, Dienstsitz des Landrats. Sörup wurde vor allem aber auch deshalb gewählt, weil die Gemeinde über einen Eisenbahnanschluß mit Postamt verfügte, und zudem die Kreisbahn mit den Linien nach Kappeln und Schleswig (über Satrup) auch zu den weiter entfernt liegenden Gemeinden Verbindungen herstellte. An seinem neuen Dienstort erhielt er, wie er in seinem Rechenschaftsbericht vom 19. April 1919 festhielt, erstmals am 17. März, also vier Tage nach Ausbruch des Putsches, eine amtliche Mitteilung über den Stand der Dinge. Weitere Informationen habe er demnach nicht besessen, zumal

[14] GSTA Dahlem Rep 77, Nr. 5433 (Telegramme vom 28. und 30.8 1919)



Das „Kreisbahnhofshotel" in Sörup, im Frühjahr 1920 der Amtssitz von Landrat Wallroth. (KA SL-FL).

ihm auch keine Zeitung vorgelegen habe. Doch gerade diese letzte Aussage erscheint wenig glaubwürdig. Es mag zwar möglich sein, daß ihn die großen Tageszeitungen, die zudem wie in Kiel nicht oder nur zensiert erscheinen durften, nicht erreichten. Zumindest die „Flensburger Nachrichten", die schon seit dem 13. März intensiv über die Ereignisse in Berlin oder in Kiel berichtet hatten, standen zur Verfügung.[15]

Die ersten von seinem Schwager von Lettow-Vorbek und von der Ostseestation der Marine verbreiteten Telegramme wurden in Sörup am 15. März um 10.15 Uhr bzw. am 16. März um 8.10 Uhr empfangen. In diesen an alle Behörden gerichteten Eildepeschen wurden sämtliche *„Kundgebungen der Regierung Ebert-Bauer"* verboten. Zudem sollten Flugblätter beschlagnahmt und Zettelverteiler bestraft sowie Maschinen, die zum Druck von gegen die neuen Machthaber gerichteten Schriften geeignet waren, unbrauchbar gemacht werden. Gleichsam beruhigend wurde im Telegramm vom 16. März versichert, daß, sobald Ruhe und Ordnung wiederhergestellt seien, Wahlen ausgeschrieben werden würden.[16] Wallroth verfügte somit über die gleichen Kenntnisse wie seine Landratskollegen in der Provinz, die ihre Nachrichten und Anweisungen in der Regel auch nur per Telegramm erhielten. Ob darüberhinaus auch telefonische Verbindungen zustandekamen, war schon damals kaum festzustellen. Es ist aber anzunehmen, daß solche Kontakte bestanden, und gerade Wallroth erhielt seine Informationen über die Vorfälle im östlichen Kreisgebiet stets auch per Telefon.

Die Macht über den Telegraphen- und Fernsprechverkehr oblag den militärischen Dienststellen, die ja in der Provinz überwiegend zu den Putschisten tendierten. Um sich einen Überblick zu verschaffen, depeschierte Wallroth zudem mehrere Male an das Schleswiger Garnisonskommando, erbat von dort die Freigabe der Telefonleitungen und konnte so am 17. März allen Amts-, Gemeinde und Gutsvorstehern mitteilen, daß sie auf Antrag hin dienstlich ungehindert telefonieren dürften.[17] Von Interesse dürfte in diesem Zusammenhang auch die Bewertung von Eduard Adler sein, der Wallroth trotz anderslautender Auffassung von Oberpräsident Kürbis weiterhin

[15] Vgl. hierzu die Berichterstattung in den Flensburger Nachrichten vom 14.3.1920 bis 19.3.1920.

[16] LAS 320 FL Nr. 1160.

[17] Ebd.

rechte Seite: Bericht aus Gelting über die „bedrohliche" Lage im östlichen Angeln von 18.3.1920. (GSTA Dahlem Rep 77, Nr. 5433).

verdächtigte, die Putschisten begünstigt zu haben. So forderte er hier speziell dazu auf, festzustellen, ob und wieviele Male Wallroth zwischen dem 13. und 18. März nach Flensburg oder Kiel telefoniert habe.[18]

Der Landarbeiterstreik im östlichen Angeln

In den Verdacht, die Putschisten begünstigt zu haben, geriet Wallroth durch Vorkommnisse im östlichen Angeln, in dem eine Anzahl Landarbeiter unter Führung des Bezirksleiters des Landarbeiterverbandes, August Aschberg (Arrildholz), für die rechtmäßige Regierung in den Generalstreik treten wollte.[19] Auf Meldung des Führers der Einwohnerwehren, Major Deichmann (Gelting), verbot der um Ruhe und Ordnung besorgte Wallroth telefonisch eine proklamierte Versammlung am 16. März und fügte gegenüber Aschberg fernmündlich hinzu, daß bei Zuwiderhandlung *„die Versammlung mit Gewalt verhindert werden würde"*. Daraufhin instruierte Wallroth seinen Oberwachtmeister Mölck und schickte ihn nach Gelting, um dort die Einhaltung seiner Anordnung zu überwachen.[20] An den Putsch-Oberpräsidenten Lindemann in Kiel, von dessen am 17. März um 18 Uhr vollzogenen Rücktritt Wallroth kaum etwas erfahren haben dürfte, telegrafierte er und konnte erfolgreich über die von ihm veranlaßte Auflösung der Versammlung berichten. Zur Beruhigung der Lage habe insbesondere das von Mölck verlesene Telegramm Lindemanns beigetragen, in dem dieser — fälschlich — auf bevorstehende Verhandlungen mit der rechtmäßigen Regierung verwiesen hatte, und darauf, daß der Streik daraufhin abgebrochen werden sollte.[21] Aschberg hatte demgemäß die betreffenden ca. 200 Landarbeiter dazu aufgefordert, ruhig nach Hause zu gehen und weiterhin ihre Arbeit zu tun.[22] Demgegenüber aber konnten sich die Bauern im östlichen Angeln — mit Wissen des Landrats und teilweise unter den Augen der Polizei — ungestört treffen und über Maßnahmen beraten, wie Wilhelm Haberlandt, der Vorsitzende des sozialdemokratischen Unterbezirks Flensburg, in seiner schriftlichen Aussage am 3. April betonte.[23]

Zu seiner Entlastung gab Wallroth später an, daß er die ihn erreichenden Telegramme des Oberpräsidenten und der Marinestation pflichtgemäß weitergeleitet habe. Ihm war — zumindest später — klar, daß er damit den Putschisten gefolgt war, sie zumindest indirekt begünstigt hatte. Er befand sich somit in einer äußerst prekären Situation und fügte zu seiner Rechtfertigung an, daß er *„die Depeschen der Aufsichtsbehörden in der Kapp-Angelegenheit ohne weiteres"* zu den Akten gelegt und nur diejenigen veröffentlicht habe, die *„entweder zur Beruhigung der Bevölkerung oder zur Beendigung des Landarbeiterstreiks beitragen würden"*. Zur Beendigung des Streiks beizutragen aber bedeutete objektiv die Unterstützung der Putschisten, die ja nichts anderes als Ruhe und Ordnung zur Durchsetzung ihrer Ziele benötigten. So hatte er auch das Telegramm vom 15. März, in dem er aufgefordert worden war, den Generalstreik unter allen Umständen zu verhindern, auf dem üblichen Dienstweg an seine untergebenen Beamten vor Ort weitergeleitet. Dieser Weg wurde stets gewählt, wie er entschuldigend

[18] Vgl. hierzu die Auffassung Adlers vom 28.4.1920 in: GSTA Dahlem, Rep 77 Nr. 5433. Weiterhin forderte Adler dazu auf, festzustellen, ob Wallroth während der Putschtage in Schleswig oder in Kiel gewesen sei.

[19] Quelle für die folgende Schilderung ist Wallroths Bericht vom 19.4.1920 (Anm. 9).

[20] LAS 320 FL, Nr. 4457.

[21] GSTA Rep 77, Nr. 5433 (Telegrammabschrift vom 17.3.1920).

[22] Ebd. (Bericht des Gutsvorstehers Gelting vom 18.3.1920).

[23] Ebd. (Brief vom 4.3.1920). Zu Haberlandt vgl. Handbuch des Vereins Arbeiterpresse 1927, S. 311.

Abschrift.

Der Gutsvorsteher. Gelting, den 18.3.1920.

Betrifft: Streik der Güter Gelting und Beveroe.

Am Dienstag, den 16. d. M. nachmittags 3 Uhr erschien hier auf dem Hofe Gelting der Arbeiter-Führer Aschberg aus Arrildholz in Begleitung von Arbeitern des Gutes Rundhof und forderte die Arbeiter und Arbeiterinnen auf, die Arbeit niederzulegen und am Abend zur Versammlung nach Schmidt s Gasthof Suterballig zu kommen. Der größte Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen kam dieser Aufforderung nach.

Die angesetzte Versammlung wurde aber verboten.

Die Pferde wurden von den Leuten gefüttert, ebenso das Vieh, auch wurden die Kühe ordnungsmäßig gemolken.

Am gestrigen Tage, am Mittwoch wurde nicht gearbeitet, heute, am Donnerstag haben die Leute zum größten Teil die Arbeit wieder aufgenommen. Die Streiklage ist im allgemeinen ruhig, Ausschreitungen sind bisher nicht vorgekommen.

Der ganze Streik ist lediglich durch den oben erwähnten Hetzer Auschberger entstanden.

Das Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist als gut zu bezeichnen.

Der Gutsvorsteher.

I.A.

gez. Theet

An das Landratsamt in Görup.

darlegte, *„wenn Anordnungen der vorgesetzen Behörden zwar, wie im vorliegenden Falle bekannt gegeben werden müssen, jedoch im einzelnen Falle aus besonderen Gründen nicht in breiten Schichten der Bevölkerung bekannt werden sollen"*. Diese Depesche aber war nur für den internen Behördenverkehr vorgesehen und durfte wohl auch kaum öffentlich bekannt werden, da dadurch der Widerstand der Landarbeiter nur noch verstärkt worden wäre. Wallroth wähnte sich jedoch im Recht und verwies auf eine Regierungsanordnung vom 13. Januar 1920, in der das Bestreiken lebenswichtiger Betriebe unter „schwere Strafe" gestellt wurde. Da ihm diese Anordnung jedoch zum Zeitpunkt des Putsches nur aus der Erinnerung heraus bekannt war, orientierte er sich zusätzlich an der Depesche des Regierungspräsidenten vom 15. März, *„da die Versammlung gegen den Militärputsch protestieren wollte"*, wie er niederschrieb. Das heißt nichts anderes, als daß Wallroth genau über den Streikanlaß informiert war, eine Demonstration zugunsten der legalen Regierung aber nicht zulassen wollte, ja sogar bewußt verhindert hat. Sein Verhalten rechtfertigte er damit, daß er über die Entwicklung im Reich zu wenig informiert gewesen sei und aufgrund der Beamtendisziplin die Befehle und Anordnungen seiner vorgesetzten Behörde, der er die politische Verantwortung zuschob, befolgen mußte:

„Wollte man von der unterstellten Behörde verlangen, daß sie in jedem Fall selbständig prüfen und nach eigenem Ermessen entscheiden soll, ob die Anordnungen nach den Anweisungen ihrer vorgesetzten Dienstbehörde verfassungsmäßig sind, so würde jeder Guts- und Gemeindevorsteher aus völlig willkürlichen Gründen mit der Behauptung der Verfassungswidrigkeit die sofortige Durchführung behördlicher Maßnahmen, wenn nicht verweigern, so jedenfalls die Entscheidung der verfassungsrechtlichen Streitfrage hinauszögern können. Dies würde zu unhaltbaren Verhältnissen führen und im berechtigten Widerspruch zu den Grundsätzen der Preußischen Beamten-Disziplin stehen."[24]

Zudem bezog er sich, wie er am 16. März an die Amts-, Gemeinde- und Gutsvorsteher telegrafierte, darauf, daß das Garnisonskommando in Schleswig — das, wie ihm bekannt sein mußte, zu den Putschisten tendierte — den Ausnahmezustand verhängt hatte und dort ein Versammlungsverbot bestand.[25] Daher war er der Auffassung, daß er erheblich zur Beruhigung der Situation beigetragen habe und *„größere Unruhen und länger andauernde Streiks wie im benachbarten Kreis Eckernförde mit ihren unerquicklichen Begleiterscheinungen hier vermieden werden konnten"*.[26]

Wallroths Bestreben ging dahin, angesichts der komplizierten politischen Situation im Grenzgebiet, in dem ja zeitgleich die Abstimmung stattfand, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Demgemäß kreisten seine Gedanken in jenen Tagen nicht nur um die Abstimmung und deren drohenden Folgen, sondern er wies im Verlauf der Putschtage seine ihm untergebenen Dienststellen immer wieder darauf hin, Schaden vom deutschen Volk abzuhalten. Gefährlich für ihn aber waren

[24] Bericht vom 15.4.1920, ebd.
[25] LAS 320 FL, Nr. 1160 (Telegramm vom 16.3.1920).
[26] S. Anmerkung 9.

nicht die Putschisten, gefährlicher waren Streiks und Uneinigkeit, die den so dringend notwendigen Zusammenhalt der Bevölkerung bei den noch kommenden Auseinandersetzungen im Grenzgebiet erheblich gefährden würden. Daher forderte er alle dazu auf, ihre Pflicht zu tun, damit *„Deutschland die schwere Krisis überwinden kann"*. So hieß es in einem von ihm verfaßten Aufruf vom 17. März an die Gemeinde- und Gutsvorsteher des Kreises nach der erfolgreichen Abstimmung in der zweiten Zone:

„Ein herrlicher deutscher Sieg ist am 14. März in der zweiten Zone errungen worden. Mit bewundernswerter Kraft und schöner Einmütigkeit haben alle Parteien ihr Deutschtum bekannt und damit Flensburg und den übrigen Teil der zweiten Zone für Deutschland gerettet. Möchte die gleiche Einmütigkeit und der gleiche Gemeinsinn der Bevölkerung unseres Landes befähigen, auch die neuen, dem Vaterlande drohenden Gefahren zu überstehen. Es gibt nur ein Mittel zur Rettung unseres Volkes: das ist die Arbeit. Jeder muß mit allen zu Gebote stehenden Kräften bestrebt sein, den Platz, auf den ihn die Vorsehung gestellt hat, auszufüllen. Nur wenn alle in dieser Beziehung ihre Pflicht tun, kann Deutschland die schwere Krisis überwinden. Jeder Streik, jede Arbeitseinstellung im jetzigen Zeitpunkt ist ein Verbrechen am Vaterlande und wird mit den schwersten Strafen geahndet werden. Wer jedoch seine Arbeitspflicht in seinem Berufe voll erfüllt, der darf versichert sein, daß Staat und Kommune seine berechtigten Interessen und Energie und Erfolg vertreten werden. Darum Landarbeiter, nehmt sogleich die Arbeit in vollem Umfange wieder auf! Das schwer geprüfte deutsche Volk hat ein Recht darauf, daß die Landbevölkerung ihm die zum Leben unentbehrlichen Lebensmittel zuführt und jede Störung der landwirtschaftlichen Produkte nach Möglichkeit verhütet."[27]

[27] GSTA, wie Anm. 9.

Landrat Wallroth und der Gutsvorsteher Paul von Schiller

Der auf dem Gut Buckhagen wohnende Gutsvorsteher Paul von Schiller, mit dem Wallroth wegen des Landarbeitstreiks in engster Verbindung stand, verfolgte eine besondere Art, die Situation in seinem Bezirk zu beruhigen. Er bediente sich eines Tricks, in dem er den streikbereiten Landarbeitern vorgaukelte, daß der Generalstreik wegen der bevorstehenden Verhandlungen zwischen der rechtmäßigen Regierung und den Putschisten ausgesetzt worden sei, was jedoch nachweislich falsch war. Inwieweit Wallroth selbst für eine solche Desinformation verantwortlich war, kann nicht nachgewiesen werden. Immerhin jedoch hatte ihn von Schiller am 18. März über seine Strategie informiert.

„Unter Bezugnahme auf das Ferngespräch von heute früh möchte ich mitteilen, daß soweit ich in Erfahrung bringen konnte, heute im Laufe des Tages auf allen Höfen, wo gestreikt worden ist, die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Zu einem tatsächlichen Streik ist es eigentlich nicht gekommen. Die Leute haben einen Tag die Arbeit eingestellt, Notstandsarbeiten wurden weiterhin verrichtet. Es bestand nur die Gefahr, daß wenn sich die von mir ausgestreute Nachricht, der General-

[28] LAS 320 FL, Nr. 1160 (Bericht von Schiller vom 18.3.1920).
[29] Ebd., (Bericht vom 17.3.1920).
[30] Heinacher, S. 129.

streik sei von der Regierung abgesagt worden, heute sich nicht auch tatsächlich bewahrheitet hätte, doch eine gewisse unangenehme Lage hätte eintreten können."

Demzufolge lehnte von Schiller einen anfangs erwogenen Militäreinsatz zur Überwachung der Landarbeiter entschieden ab, da *„die Leute sonst wieder beunruhigt würden"*.[28] Dabei vergaß er nicht — dieses aber schon am 17. März — darauf hinzuweisen, daß es im Interesse von Ruhe und Ordnung vor allem darauf ankäme, die Rädelsführer des Streiks, insbesondere August Aschberg, zu verhaften. Er befinde sich hierbei vollkommen in Übereinstimmung mit den ihm bekannten Amts- und Gemeindevorstehern. Freilich könne dies erst erfolgen, *„sobald genügend Macht in unseren Händen ist"*.[29] Eine so freimütig gegenüber dem Landrat geäußerte Ansicht kann nur den Schluß nähren, daß sich Wallroth im besten Einvernehmen mit von Schiller befunden hatte und ähnlich dachte. Dies zeigt sehr deutlich, daß er wie zahlreiche seiner Amtskollegen *„der von Kapp vertretenen Staatsauffassung näher stand, als dem Weimarer System"*.[30]

Der Landarbeitermarsch auf Sörup

Erschwerend kam hinzu, daß Wallroth auf die telefonische Meldung von Oberwachtmeister Mölck, eine Anzahl Landarbeiter (ca. 200 Männer und Frauen) würde am 17. März nach Sörup marschieren, um dort eine Versammlung abzuhalten, mit großer Hektik reagierte und die Einwohnerwehren von Löstrup und Möllmark einzeln und unauffällig zum Schutz seines Dienstsitzes ohne weitere Prüfung des Sachverhalts in bewaffnete Alarmbereitschaft versetzte. Eine unmittelbare Gefahr aber bestand durch die beabsichtigte Demonstration nicht, da letztlich nämlich nur ca. 20 Frauen, Kinder und ältere Männer am Dienstsitz des Landrats eintrafen. Überdies fand weder eine

Schloß Gelting im östlichen Angeln, wo die Landarbeiter zum Generalstreik für die legale Regierung entschlossen waren. (KA SL-FL)

Versammlung statt noch wurde der Kontakt zu ihm gesucht. Wallroth übernahm zwar später die volle Verantwortung für die Alarmierung der Einwohnerwehren, wobei er hervorhob, daß er von vornherein der Eindruck vermeiden wollte, daß *„die Bauern gegen die Arbeiter mobilisiert"* werden sollten. Er bestand aber darauf, daß seine Maßnahmen den gesetzlichen Bestimmungen entsprochen haben und *„wohl erwogen waren"*. Zudem hatte er nach der vorhergehenden Mitteilung von Gutsvorsteher von Schiller (Buckhagen), daß die Streikgefahr in Gelting noch nicht endgültig gebannt sei, beim Garnisonskommando in Schleswig telefonisch 20 bis 30 mit Maschinengewehren bewaffnete Soldaten auf Lastautos angefordert. An das Regierungs- und Oberpräsidium, die sich beide in der Hand der Putschisten befanden, depeschierte er, daß er neue Auseinandersetzungen u.a. auf den Gütern Rundhof, Ohrfeld, Priesholz und Buckhagen erwarte und diese durch *„Hinzuziehung von Militär beilegen"* wolle. Zugleich aber verlangte er in einem weiteren Telegramm Aufklärung über die neueste politische Entwicklung, da die letzten — objektiv falschen — Meldungen des Putsch-Oberpräsidenten Lindemann, daß die Putschisten mit der rechtmäßigen Regierung in Verhandlungen eingetreten seien, bei ihm noch nicht eingetroffen wären.[31]

Die Situation erwies sich bei nüchterner Betrachtung als weit weniger brisant, wie Wallroth in seinem späteren Rechenschaftsbericht angab. Darauf verwies der Bezirksleiter des Deutschen Landarbeiter-Verbandes (DLV), August Aschberg, in einem Brief an Eduard Adler am 3. April. Seiner Ansicht nach handelte es bei den Teilnehmern des Landarbeitermarsches nach Sörup um *„friedliche Leute, die keine Waffen trugen"*. Der Landrat sowie die ihm unterstehenden Beamten waren somit jederzeit Herr der Lage. Wallroth habe jedoch durch sein Fehlverhalten *„die Ruhe und Sicherheit des Kreises sehr gefährdet. Die Arbeiterschaft kann dem Herrn Landrat das alte Vertrauen nicht wieder entgegenbringen, weil er sofort mit der Rechtsdiktatur Hand in Hand gearbeitet hat..."*[32]

Landrat Hugo Freiherr von Löw auf der Flucht

Wallroth, der in seinem Verfahren stets auf die einzuhaltende Beamtendisziplin verwiesen hatte, war aber noch in einen weiteren Fall, nämlich bei der Flucht des per Haftbefehl gesuchten Putsch-Polizeipräsidenten von Kiel, des ehemaligen Haderslebener Landrats von Löw, verstrickt.[33] Nach Meldung der Flensburger Nachrichten war von Löw untergetaucht, im offenen Boot aus Kiel geflüchtet und am 23. März in Hadersleben eingetroffen, wo ihm ehemalige Freunde Unterschlupf gewährten und die Internationale Kommission — Hadersleben war infolge der Abstimmung noch besetztes Gebiet — ersucht hatten, ihm den Aufenthalt zu gestatten.[34] Wie von Löw jedoch entkommen konnte und welchen Fluchtweg er benutzte, war bisher unklar. Aufschluß hierüber gibt Landrat Wallroth in einem persönlichen Schreiben vom 26. März 1920 an Staatskommissar Köster, den er aus der gemeinsamen Arbeit bei der Abstim-

[31] LAS 320 FL, Nr. 1160 (Telegramme vom 17.3.1920, ab 17.30 Uhr). Am 18. März, 9.30 Uhr wurde die Militärhilfe in Schleswig wieder abbestellt, das Telegramm aber konnte infolge der Kämpfe um das Schloß Gottorf nicht zugestellt werden (ebd.).

[32] GSTA, wie Anm. 9 (Schreiben vom 3.4.1920).

[33] FLN, 23.3.1920 in einem Artikel, in dem festgehalten wurde, daß gegen Lindemann, von Löw und Major Winterfeld Haftbefehl bestehen würde.

[34] FLN, 24.3.1920.

rechte Seite: Oberpräsident Heinrich Kürbis hält eine „disziplinarische Untersuchung" gegen Wallroth für geboten (GSTA Dahlem Rep 77, Nr. 5433).

mung bestens kannte. In diesem Brief bekannte Wallroth, daß er seinem vormaligen Amtskollegen bei der Flucht geholfen hatte. Er offenbarte sein Fehlverhalten und suchte bei Köster, falls dies bekannt werden sollte, um Fürsprache nach: *„Ich bitte daher, von diesem Schreiben nach eigenem Ermessen Gebrauch zu machen, sobald es die Sachlage gebietet."*

Demnach sei ihm *„eines Tages von Herrn von Schiller"* telefonisch mitgeteilt worden, daß Landrat von Löw *„nachmittags auf dem Wasserweg in Rabelsund ankommen"* werde. Von Löw wollte anscheinend in Sörup übernachten, und Wallroth sollte ihm ein Auto schicken, um ihn abzuholen. Wallroth sagte spontan zu, um sich *„ein Bild von der mich völlig überraschenden Angelegenheit"* zu machen, wie er schrieb. Da er zudem am Nachmittag in Rundhof zu tun hatte, war er schnell bereit, den kleinen Umweg zu machen. Von Löws Übernachtung in Sörup indes lehnte er strikt ab, schob dafür organisatorische Gründe vor, da das einzige Hotel am Ort von der landrätlichen Verwaltung besetzt war. Um ihm aber entgegenzukommen, versprach er, bei Gutsbesitzer von Rumohr (Rundhof) anzufragen, ob von Löw auf dem benachbarten Gut Drült untergebracht werden könnte, was von Rumohr aus Gefälligkeit zusagte.[35] Daraufhin schickte Wallroth seinen Dienstwagen nach Buckhagen und ließ von Löw abholen.

Am Abend aßen die Herren zusammen auf Gut Drült und führten angeregte Gespräche, wobei von Löw über seine Erlebnisse in Kiel berichtete. Wallroth überkam, wie er schrieb, *„der Gedanke, daß von Löw sich strafbar gemacht habe"*. Doch die Sache wurde nicht weiter verfolgt, zumal Wallroth gehört haben wollte, daß von Löw den ihm von Putsch-Admiral von Levetzow angebotenen Posten des Polizeipräsidenten nur mit Bestätigung des Innenministers angetreten habe. Stattdessen verabredete die Runde, daß sich der Gast am nächsten Tag mit dem Rumohrschen Wagen nach Düttebüll fahren lassen sollte, um sich dort das Gut anzusehen. Dieser Gedanke aber wurde später wieder verworfen, da von Löw erst noch nach Sörup wollte. Wallroth jedenfalls fuhr kurze Zeit später ab und hatte — wie er schrieb — von Löw anscheinend nicht mehr wiedergesehen.

Zu seiner Rechtfertigung fügte er an, daß er lediglich als Freund gehandelt habe. Zudem wollte er einer eventuellen Verschärfung der politischen Gegensätze vorbeugen, die für ihn durch die Verhaftung von Löws eingetreten wäre. Alle Verantwortung von sich weisend fügte er hinzu, daß *„der Verdacht, es habe die Absicht bestanden, von Löw einer Bestrafung zu entziehen, ... keiner Widerlegung bedürfen (würde)"*.[36]

Mit dieser Fluchthilfe hatte Wallroth eindeutig gegen bestehende Gesetze verstoßen. Wie er dieses mit der „preußischen Beamtendisziplin" vereinbaren konnte, bleibt sein Geheimnis. Staatskommissar Köster indes muß Wallroths Offenbarung für sich bewahrt haben, denn die Fluchthilfe spielte später in dem gegen ihn angestrengten Disziplinarverfahren keine Rolle. Wallroth galt als intimer Kenner der Verhältnisse im Norden der Provinz und war für den kurze Zeit später zum Außenminister

[35] Zur Einschätzung der Putschisten als *„vaterländisch gesinnte Männer"* vgl. die 1974 niedergeschriebenen Erinnerungen der Gräfin Marianne Keller von Rumohr in: Wulf Henning von Rumohr, Im Strom der Zeit. 750 Jahre Familie und Gut — 400 Jahre Rumohr auf Rundhof, Neumünster 1981, S. 461.

[36] GSTA, wie Anm 9.

Ober-Präsident
der Provinz
Schleswig-Holstein.
J.Nr. O. P. 5 485.

Kiel, den 5. Juni 1920.
Schwanenweg 24.

Preußisches Innenministerium
5 JUN 1920
1 Anl.

C 9717 II

Betrifft:

n des Landrates Wallroth
des Kapp-Putsches.
vom 9.April 1920 - C 691 - und
1920 - C 9 717.-

Anlagen.

Der Untersuchungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 2.Juni 1920 bei Sichtung des Materials sich einstimmig dahin ausgesprochen, dass der gegen den Landrat Wallroth angeregte Verdacht nicht hinfällig geworden ist, sondern das eine disziplinarische Untersuchung für erforderlich gehalten wird.

Das Telegramm vom 17.März 1920 an den Oberpräsidenten Kiel, in dem er militärische Unterdrückung des Streikes und damit der Bewegung gegen die Putschregierung angekündigt hat, wurde als besonders belastend angesehen.

Eine Dienstenthebung erscheint mir mit Rücksicht auf die dicht bevorstehende Grenzregulierung nicht opportun.

Das gegen ihn vorliegende Material ist beigefügt.

Berlin, den 15.6.20.

Ministerium des Innern
Berlin.

berufenen Köster als Ratgeber unersetzlich, um bei den Verhandlungen über die Grenzziehung im Mai 1920 in Paris die deutschen Interessen wahrzunehmen. Diese Aufgabe wollte er nur wahrnehmen, wenn zuvor das gegen ihn eröffnete Verfahren eingestellt wurde. Wallroth blieb also letztlich einzig und allein aufgrund seiner Fachkompetenz für die Pariser Botschafterkonferenz ungeschoren.[37]

Selbst Oberpräsident Kürbis, der in den gegen die Landräte angestrengten Disziplinarverfahren wenig aktiv wurde und eine Dienstenthebung Wallroths für nicht geboten hielt, erachtete noch Anfang Juni 1920 weitere Untersuchungen als notwendig. Die Wallroth zu Last gelegte Begünstigung der Putschisten hielt er zwar für widerlegt. Er bestand aber auf der Fortsetzung des Verfahrens, wobei er hervorhob, daß insbesondere das Telegramm vom 17. März, in dem der Landrat *„die militärische Unterdrückung"* des Landarbeiterstreiks angekündigt hatte, belastend sei.[38]

Die sozial-demokratischen Proteste

Die organisierte Landarbeiterschaft sah sich durch Wallroths Verhalten erheblich in ihrem Kampf für die rechtmäßige Regierung beeinträchtigt und erhob nach der Niederschlagung des Staatsstreichs umgehend Protest beim Regierungspräsidenten. Am 22. März versuchte das sozialdemokratische Kreistagsmitglied Nissen (Sörup), die Beschwerden auf der Kreistagssitzung vorzubringen, was von der konservativen Mehrheit — keineswegs überraschend — mit der Begründung abgelehnt wurde, daß politische Angelegenheiten hier nicht zu erörtern seien. Immerhin jedoch suchte Wallroth im Anschluß an die Sitzung das klärende Gespräch mit der SPD und gab dabei zu verstehen, daß sein Verhalten durch Mißverständnisse beeinflußt gewesen sei. Hiermit gaben sich der Unterbezirksvorsitzende Wilhelm Haberlandt sowie Aschberg und die anderen SPD-Kreistagsmitglieder zufrieden.[39] Zwar bot Aschberg in einem in den Zeitungen veröffentlichten Schreiben vom 24. März im Namen des DLV Wallroth die Unterstützung der organisierten Landarbeiter für die Zukunft an. Doch sein gleichzeitig ausgesprochener Dank beschränkte sich nur auf Wallroths Einsatz bei der Abstimmung und ließ sein Verhalten beim Putsch unerwähnt.

„Unser Bestreben ist es, einen Zustand zu schaffen, welcher dem Wohle unseres ganzen Kreises und daß des Vaterlandes erforderlich ist. Wir glauben ferner, daß es bald wieder zu ordentlichen Zuständen kommt; denn die Arbeiter erklären, von einer Diktatur könne keine Rede sein. Dieses müßte unbedingt andere Kreise vom Wiederaufbau abhalten, den Schaden hätte dann die Allgemeinheit."[40]

Wallroth wurde weiter scharf kritisiert. Am 17. April wurde in Sörup nochmals eine Protestveranstaltung der Kreis-SPD organisiert. Schon am 3. April hatten Aschberg und der sozialdemokratische Ortsvereinsvorsitzende von Sörup, P. Christiansen, Eduard Adler gegenüber die Forderung erneuert, den Landrat abzusetzen sowie die Einwohnerwehren von Löstrup und Möllmark aufzulösen und die dort ausgegebenen Waffen einzuziehen.[41]

[37] LAS 301 Nr. 4457 (Handschriftliche Notiz vom 21.4. 1920 auf Wallroths am 19. 4. 1920 abgeschlossenen Berichts). Allerdings wurde der Flensburger Delegation, der neben Wallroth auch Peter Michelsen und der Stadtverordnete Schuldt angehören sollte, ähnlich wie der dänischen Abordnung der Zutritt zu den Verhandlungen verwehrt (Lehmann, S. 281). Auch Wallroths Kollege, der ehemalige Landrat Böhme (Tondern) wurde von Eduard Adler beschuldigt, für den Staatsstreich Partei ergriffen zu haben. Doch ähnlich wie bei Wallroth nahm Böhme, der sich in den Märztagen privat in Schleswig aufgehalten hatte, in seinem Rechtfertigungsschreiben nicht gegen die Vorwürfe Stellung. Adler hatte ihn beschuldigt, in einem Schleswiger Hotel gewohnt zu haben, *„in dem Landräte allgemein nicht abzusteigen pflegen"* und ihm weiter vorgeworfen, enge Kontakt zum Putsch-Regierungspräsidenten Pauli gehalten zu haben. Böhme verwahrte sich gegen diese *„Denunziation"*, suchte beim Außenministerium um Fürsprache nach und bezeichnete sich *„als Schleswig-Holsteiner, der als Vertreter eines Kreises der Nordmark seit dem Waffenstillstand im harten Kampf um meine Heimat, so auch für die deutsche Sache meine besten Kräfte eingesetzt habe, und ich darf daher wohl die Erwartung aussprechen, daß das Auswärtige Amt gegen derart unerhörte aus der Luft gegriffene Beschuldigungen in der nachdrücklichsten Weise die Urheber zur Rechenschaft ziehen wird"* LAS 301, ebd. (Schreiben vom 29.4.1920 19.5.1920, und 2.6.1920).

[38] GSTA, wie Anm. 9 (Bericht vom 3.6.1920).

[39] Zu den Beschwerden und zur Kreistagssitzung vgl. Wallroths Bericht vom 19.4.1920 (wie Anm. 9).

[40] GSTA, wie Anm. 9 (Brief vom 24.3.1920).

[41] LAS 320 FL, wie Anm. 9.

Die Haltung der konservativen Landbevölkerung

Mit Ausnahme der Sozialdemokratie und des Landarbeiterverbandes gab es niemanden, der das Verhalten des Landrats anprangerte. Der überwiegende Teil der Landbevölkerung im Kreis hegte vielmehr durchaus Sympathien mit den Putschisten. Dies wird deutlich an einem am 15. März von Putsch-Oberpräsident Lindemann an Wallroth zugestellten Telegramm, aus dem dieser sehr deutlich den Schluß ziehen konnte, auf welcher Seite die Mehrheit der Landbevölkerung in der Provinz stand. In diesem Telegramm begrüßten die Landwirtschaftskammer, der Provinzial-, Bauern- und Landarbeiterrat, der Bund der Landwirte, der Bauernverein und der Landwirt-Arbeitgeberverband, der Verband der Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Schleswig-Holsteinischen Landschaft den Umsturz und sprachen der „neuen Regierung" das Vertrauen aus. Zudem drohten sie die Einstellung jeglicher Lebensmittellieferungen an, falls der beabsichtigte Generalstreik nicht umgehend eingestellt werden würde.[42] Die Sympathien der konservativen Bauern waren klar verteilt. Hieran konnte auch die am 9. April in Berlin von allen landwirtschaftlichen Interessengruppen verabschiedete Resolution, die jegliche Versuche, die Gewalt im Staat durch eine Diktatur an sich zu reißen, verurteilte, nichts mehr ändern. Denn gerade in den Putschtagen wurde deutlich, daß vor allem die herausragenden Persönlichkeiten der landwirtschaftlichen Vereinigungen und Verbände kaum Initiativen entwickelt hatten, die rechtmäßige Regierung zu stützen und damit ein sichtbares Zeichen für die demokratische Staatsform zu geben.[43]

Aufschluß über die Denkweise der konservativen bäuerlichen Landbevölkerung im nördlichen Schleswig-Holstein gibt ein Brief des weit über die Grenzen Angelns hinaus bekannten „Ökonomierats" Peter Jensen (Ausacker), einer der engsten Vertrauten Wallroths. Jensen zählte u.a. zu den prominenten Gründungsmitgliedern des 1893 entstandenen „Bundes der Landwirte". Vor dem Weltkrieg war er Mitglied der Freikonservativen Partei und gehörte seit 1919 der Deutschnationalen Volkspartei an, deren rechter Flügel die Kapp-Aktivitäten ebenso begrüßt und auch zum Teil unterstützt hatte. Schon im Kaiserreich betrieb er eine überaus erfolgreiche agrarische Interessenpolitik. Er griff oft direkt in die Reichstagswahlkämpfe ein und verhalf seinen Parteifreunden — darunter auch dem Antisemiten Friedrich Raab — im Wahlkreis Flensburg-Apenrade mehrere Male zum Mandat.[44] In den Jahren 1918 bis 1920 war Jensen im Abstimmungskampf aktiv. Er war Befürworter des vom Deutschen Ausschuß vertretenen anfänglichen Abstimmungsboykotts[45] für die erste Zone und vollzog einen Umschwung letztlich nur deshalb, weil ein deutscher Erfolg allenfalls durch eine breit angelegte Koalition auch unter Einbeziehung der Sozialdemokratie, die den Boykott vehement ablehnte, gesichert schien. Im Anschluß an den Abstimmungskampf wartete er auf „bessere Zeiten" und hoffte, wie er in einem Brief im August 1920 feststellte, auf den *„starken Mann, der uns gefehlt seit Bismarcks Abgang, der dann unserem Volk zur Stelle ist"*. Wichtig war ihm die politische Einigung des Bürger-

[42] Ebd. 320 FL Nr. 1160.

[43] Gerhard Stoltenberg, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918-1933, Düsseldorf 1962, S. 49 und S. 61.

[44] Zu Peter Jensen vgl. die Biographische Skizze von Hans Holtorf, Die Familie Jensen, Ausacker, in: Der Landkreis Flensburg, S. 280-285; Kurt Gerhard Riquarts, Der Antisemitismus als politische Partei in Schleswig-Holstein und Hamburg 1871-1914, Diss. Phil. Kiel 1975 sowie meine demnächst vorliegende Dissertation mit dem Titel Sozialdemokratie und lokale Sammlungspolitik im nördlichen Schleswig-Holstein 1870-1914, Diss. Phil. Hamburg 1993 (masch. Schr.).

[45] Lehmann, S.87 ff.

tums, um gemeinsam gegen die Kräfte der Revolution agieren zu können.

linke Seite: Ökonomierat Peter Jensen, Ausacker (1856-1941) (KA SL-FL).

„Ich habe geglaubt, die Revolution hätte die Geister klar geschieden und zwei große Gruppen zusammengeschweißt. Die, die den Umsturz wollen bis zum Ende im Chaos und die, die dieses verhindern wollen. Ich bin ein ganz rechts stehender Mann. Aber ich bin bereit, und bin es heute noch 50% und wenn es sein muß noch mehr, zu opfern von meinem Streben, wenn ich dadurch eine Einigung aller bürgerlichen Elemente erreichen könnte.“[46]

Peter Jensen zählte sicherlich zu den Sympathisanten des Putsches. Ebenso leidenschaftlich wie er für Nordschleswig gekämpft hatte, hatte er sich für die Ablehnung des Versailler Vertrages eingesetzt. Seine Haltung zum Putsch läßt sich aber heute nur noch indirekt aus seiner Reaktion bei der Affäre Wallroth nachvollziehen. Ebenso wie schon bei der im August 1919 geplanten Versetzung Wallroths nach Lüneburg wurde Jensen im Auftrag des Kreisausschusses sofort aktiv und nahm seinen Landrat in Schutz. Jensen, der selbst verdächtigt wurde, die Putschisten unterstützt zu haben[47], zählte dabei auch zu denjenigen, die die von der SPD eingebrachte Anhörung vor dem Kreistag über Wallroths Verhalten vehement abgelehnt hatten. Nachdem die Provinzbehörden in einer Bewertung des Sachverhalts lange Zeit keine Entscheidung getroffen und diese in die Hände des preußischen Innenministeriums gelegt hatten, gab Jensen in einem Telegramm am 6. Juni an Innenminister Wolfgang Heine (SPD) seiner Unzufriedenheit unverhohlen Ausdruck und nahm im Auftrag der Kreistagsmehrheit Stellung. Das Verhalten Wallroths aber kam hierin überhaupt nicht zur Sprache. Jensen ging es nur darum, den Landrat auf seinem Posten zu halten. Die besonderen Probleme des Landkreises angesichts der gerade erfolgten Abstimmung in Erinnerung rufend, wies er mit Nachdruck daraufhin, daß die *„wirtschaftliche Lage des Kreises (Elektrifizierung und Kleinbahnen), die bestehenden und in erhöhtem Maße kommenden Abwicklungs- und Auseinandersetzungen als Grenzkreis ..., erfordert gebieterisch den altbewährten Landrat im Kreis zu belassen“*.[48] Schon am 24. April hatten Jensen und weitere Kreistagsmitglieder, darunter Sanitätsrat Weyhe (Sörup), die Hofbesitzer Henningsen (Sörup), Otzen und Nissen (Löstrup), Hansen (Flatzby) und Gondesen (Gammelby) sowie Amtsvorsteher Clausen (Niesgrau) und Bäckermeister Nissen (Bredegatt) im Auftrag depeschiert, daß eine Gruppe Arbeiter, die nur einen kleinen Teil der gesamten Landarbeiterschaft umfassen würde, „grundlos“ den Rücktritt des Landrats forderte. Die konservativen Kreistagsmitglieder betrachteten den SPD-Vorstoß als offenen Affront und stellten klar, daß Rücktrittsforderungen nicht nur im Widerspruch zur *„übrigen kreiseingesessenen Bevölkerung“* ständen, sondern *„diesem unerhörten Verlangen wird letztere sich aufs Äußerste widersetzen“*. Da die Grenzregulierung nach der Abstimmung noch ausstehe, würde ein *„solcher Kampf eine Verbitterung und Furcht vor bolschewistischen Zuständen in das Volk (tragen), welche im Hinblick*

[46] LAS 399.57 (Nachlaß Strackerjahn), Nr. XIV, 22 (Brief vom 17.8.1920). Allerdings betrachtete Jensen wie auch sein Sohn, der spätere Flensburger Kreispräsident, später die NSDAP äußerst kritisch, wurde nie Parteimitglied und kämpfte wohl auch im Stillen gegen ihre Machtansprüche an. Sein Sohn wurde sogar 1936 verhaftet und wegen Beleidigung Hitlers zu einer halbjährigen Gefängnisstrafe verurteilt (vgl. Matthias Schartl, 125 Jahre Schleswig-Flensburg. Eine Chronik in Bild und Wort, Schleswig 1993, S. 10 und S. 85).

[47] Hierzu Wallroths Rechenschaftsbericht vom 19.4.1920 (GSTA, wie Anm. 9).

[48] LAS 320 FL Nr. 1120 (Telegramm vom 9.6.1920).

auf außenpolitische Wirkung unbedingt vermieden werden muß". Jensen kündigte überdies harten Widerstand (*„Gegenkundgebungen"*) an, falls gegen Wallroth weiter ermittelt werden würde.[49]

Die Meuterei der Offiziere im Schloß Gottorf

In Schleswig hatte sich der Kommandeur der 3. und 4. Schwadron des in Schloß Gottorf liegenden 14. Reiterregiments, Major von Lattorf, schon am Morgen des 13. März zu den Putschisten bekannt.[50] Ein von ihm verbreitetes Flugblatt, in dem er die Bevölkerung zur Einhaltung der Ruhe und Ordnung ermahnte, prangte nur wenige Stunden später an zahlreichen Litfaßsäulen der Stadt. Verboten waren Versammlungen und Kundgebungen, Zeitungen durften nicht ohne seine Genehmigung erscheinen und der in der Revolutionszeit gebildete Volksrat sowie Eduard Adler als Beigeordneter des Regierungspräsidenten wurden politisch entmachtet. Die Überwachung seiner Anordnungen übertrug von Lattorf einigen in der Stadt postierten Soldaten. Schließlich wurde Adler, nachdem dieser in der Nacht zum 14. März eine Proklamation herausgegeben hatte, in der er die Bevölkerung seinerseits aufforderte, treu zur legalen Regierung zu stehen und einen Aktionsausschuß zu bilden, der mit der Stadtvertretung zusammenarbeiten sollte, in „Schutzhaft" genommen. Dem „revolutionären" Arbeiterrat wurde die Verhaftung angedroht und Flugblätter des liberalen Schleswiger Tageblattes beschlagnahmt. Einen Tag später erfolgte die Verhaftung des DDP-Ortsvorsitzenden Klemmer. Die Reaktionen der städtischen Beamten und Angestellten, vor allem aber der Arbeiter und auch der Stadtverordnetenversammlung waren mehr als eindeutig. Sie standen nicht nur auf dem Boden der Verfassung, sondern waren mehrheitlich zur Verteidigung der legalen Regierung entschlossen. Aufgrund fehlender Waffen aber war an eine militärische Aktion gegen die Schloßbesatzung nicht zu denken. Erst nachdem Waffen u.a. aus Husum und aus einzelnen Dörfern im Landkreis herangeschafft und zusätzlich Männer aus Flensburg und Rendsburg herbeigeeilt waren, waren die Voraussetzungen dafür geschaffen. Im Schloß selbst setzte große Hektik ein, denn die Unteroffiziere waren nicht bereit, dem Vorgehen der Vorgesetzten zu folgen und erklärten, daß *„es mit dem Gewissen und Eide nicht zu vereinbaren sei, jeden Putsch mitzumachen"*.

Die Schleswiger Sozialdemokraten riefen dagegen unter Führung des in die Stadt geeilten Regierungssekretärs beim Staatskommissar Adolf Köster, Karl Meitmann, zur Gründung des Aktionsausschusses auf, dem am 15. März Angehörige auch der DDP und USPD beitraten. Innerhalb weniger Stunden wurden Vorbereitungen zum Generalstreik getroffen, der am 15. März einsetzte. Bis zum 20. März erschien keine Zeitung mehr in der Stadt, so daß Major Lattorf auf eilig herbeigeschafften Notzeitungen — jedoch sichtlich falsche — Nachrichten verbreiten ließ. Landrat Werther drahtete am 15. März an den Oberpräsidenten, daß *„alle lebenswichtigen Betriebe: Gaswerk usw. ... still stehen. Streikterror ist groß. Falls bis mor-*

[49] GSTA, wie Anm. 9.

[50] Zu den Ereignissen die zusammengefaßten Berichte in LAS 301 Nr. 5713; Vgl. auch Clausen und Vollertsen, Anm. 11.

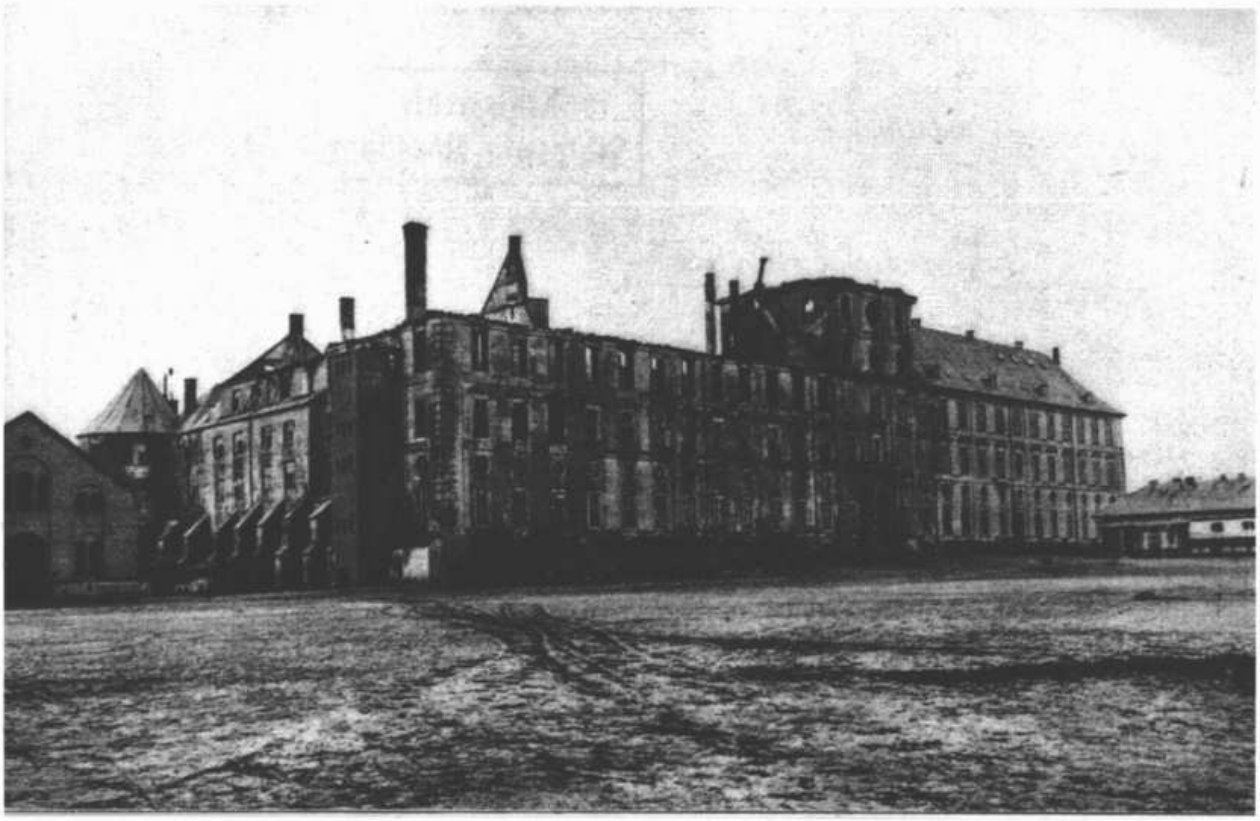
gen früh keine Einigung erzielt ist, wollen Bürger in den Abwehrstreik treten".[51]

Dieser Gegenstreik des konservativen Bürgertums wurde von einer Anzahl Geschäftsleuten und von Ärzten befolgt, hatte aber kaum Auswirkungen und wurde wenig später wieder abgebrochen. Wesentlich wirkungsvoller war ein am 16. März in der Stadt verbreiteter Aufruf von 38 prominenten Bürgern zum Eintritt in ein Zeitfreiwilligenkorps, das zum Schutz der Garnison im Schloß postiert werden sollte. Zu den Unterzeichnern zählten u.a. Landrat Werther, die Geschäftsleute Dehn, Ibbeken und Rasch sowie Ärzte und Apotheker. Die den Putsch unterstützenden Wortführer, u.a. der Redakteur der Schleswiger Nachrichten, Bödewaldt, der Leiter des Bürgerstreiks, Franz Schoppmeier, und der Bauunternehmer Engel suchten in der Nacht zum 17. März gar das Schloß auf, um sich vor befürchteten Mißhandlungen in Schutzhaft nehmen zu lassen.

Am 18. März war der Putsch niedergeschlagen, Kapp und Lüttwitz hatten in Berlin aufgegeben und befanden sich auf der Flucht. Doch in Schleswig eskalierten die Ereignisse noch einmal vor dem Schloß, das zwischenzeitlich von ca. 180, zum Teil mit Maschinengewehren bewaffneten Arbeitern der Republikanischen Volkswehr belagert wurde. Auf Annettenhöh und dem Flatterberg waren zudem Kanonen in Stellung gebracht worden. Zugleich gingen Arbeiterpatrouillen daran, die in der Stadt postierten Militäreinheiten zu entwaffnen, ohne dabei auf Widerstand zu stoßen. Eine vor dem Haus der „Schleswiger Nachrichten" explodierende Bombe trug jedoch erheblich zur Verunsicherung der Arbeiter bei. Besonders beunruhigend wirkte die von den Offizieren veranlaßte Bewaffnung der Hol-

[51] LAS 301 Nr. 5712 (Telegramm — undatiert- 15.3.1920?).

Zeitgenössische Aufnahme vom Schloß Gottorf nach dem Brand von 1917. (KA SL-FL)



rechte Seite: Mit diesem Aufruf ruft Major von Lattorf im Namen der putschenden Schloßoffiziere zur Bildung eines Zeitfreiwilligenkorps in Schleswig auf (STA SL XV d).

mer Fischer, gegen die wenig später von der Wehr erfolgreich vorgegangen wurde.

Die Unteroffiziere unter Führung des Offizierstellvertreters Rathje drängten die Offiziere zum Aufgeben und empfahlen Verhandlungen, um die erregten Schleswiger Arbeiter zu beruhigen. Diese forderten zunächst die bedingungslose Übergabe der Waffen sowie die sofortige Freilassung von Eduard Adler. Die Kommission der Unteroffiziere konnte sich jedoch mit der Forderung, das Schloß als Kaserne zu respektieren und der Truppe die Waffen zu belassen, zunächst durchsetzen. Durch die Freilassung Adlers und die unter seiner Beteiligung fortgeführten Verhandlungen mit dem Aktionsausschuß schien sich die Situation in der Stadt tatsächlich zu entspannen. Trotzdem kam es zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung vor dem Schloß, in deren Verlauf sieben Soldaten und der Lederarbeiter Fabian den Tod fanden. Verantwortlich dafür war ein von Rittmeister de Osa befehligter Ausfall eines Stoßtrupps, der von den Arbeitern leicht zurückgeschlagen werden konnte. In hektischen Telefongesprächen zwischen Belagerern und den Schloßoffizieren wurde auf Vermittlung der Unteroffiziere und durch Karl Meitmann eine Waffenruhe vereinbart. Als Meitmann und weitere Mitglieder des Aktionsausschusses in der Nacht versuchten, auf die Schloßinsel vorzudringen, um die Besatzung von der Hoffnungslosigkeit des Unternehmens zu überzeugen, wurden sie mit Waffengewalt vertrieben und konnten nur mit knapper Not entkommen.

Viel zu spät erkannten die Offiziere, daß für sie keine Aussicht auf Erfolg mehr bestand. Am Abend des 18. März traf aus Flensburg kommend Reichskommissar Köster in Schleswig ein, in dessen Anwesenheit die in der Nacht vom Aktionsausschuß gestellten Übergabebedingungen angenommen werden mußten. Die Offiziere wurden in sofortige „Schutzhaft" genommen, die Truppe unterstellte sich dem Aktionsausschuß und lieferte ihre Waffen ab. Auch das aus ehemaligen Offizieren, Studenten und den Söhnen wohlhabender Bürger bestehende Zeitfreiwilligenkorps gab die Waffen ab, und die Mitglieder kehrten unbelästigt in ihre Wohnhäuser zurück. Adler, Meitmann und Köster baten daraufhin den General von Hammerstein um Unterstützung nach Schleswig. Sein Erscheinen trug wesentlich zur Beruhigung der Lage bei. Vorübergehend Gefahr brachte in der Nacht zum 20. März noch das aus Kiel abmarschierende Detachement Claasen der Brigade Löwenfeldt, die dort auf Seiten der Putschisten gekämpft hatte. Befürchtungen wurden laut, daß die Truppe in Schleswig einfallen würde. Der Aktionsausschuß wurde umgehend in erneute Alarmbereitschaft versetzt und von der Volkswehr Vorbereitungen zur Abwehr getroffen. Doch letztlich ließ sich Claasens Truppe nach mehreren nächtlichen Verhandlungen zur Umkehr bewegen und suchte das Lockstedter Lager auf.

Wie reagierte nun der seit März 1917 im Amt befindliche Landrat Karl Werther auf den Putsch? Auch gegen ihn wurden Ermittlungen durchgeführt, die schließlich zu einem Disziplinarvermerk führten. Die Wortwahl in seiner am 15. März an

Aufruf!

Schleswig, 17. März.

Zur Sicherung der Ruhe und Ordnung wird ein

Zeitfreiwilligenkorps

gegründet. Gediente Leute aller Waffengattungen und Dienstgrade und tüchtige Ungediente melden sich im

Gottorpschloß.

Militärische Bewaffnung, Gebührnisse und Unfallversorgung.

Dienstbekleidung mitbringen.

Militärpapiere vorlegen.

v. Lattorff,

Major und Garnisonältester.

5

Schleswig-Holsteiner!

Die ernste Stunde ruft jeden ordnungs- und ehrliebenden Mann in Stadt und Land zum Schutze der öffentlichen

Ruhe und Sicherheit!

Auf ins Schloß Gottorp,

meldet Euch alle zum

Zeitfreiwilligenkorps

das die Garnison jetzt aufstellt!

Schützt Haus und Hof gegen Gewalttat.
Selbst ist der Mann!

Schleswig, den 16. März 1920.

Die Bürgerschaft.

Dr. Wullenweber, Dr. Böhm, Dr. Peters, Dr. Suadicani, Justizrat Ipsen, Heinrich Erichsen, C. Firjahn, Owe Jepsen, Franz Schmoppmeyer, Theyssen Dethlefsen, M. Rasch, C. Ohrt, A. Stehn, Edw. Möller, H Dehn, Johs. Lassen, F. Sonderburg, C. Kind, Ullrich Anton, Landrat Werther, Aug. Kock, Hans Classen, Carl Flentje, H. Hering, H. Marten, H. Köhnke H. Otto, H. Lund, P. Papp, H. Ibbecken, J. Menge, K. Männel, J. Truelsen, Dr. Warnecke Simonsen, Karl Söhrn, W. Gercke, L. Nanz, Altermann, J. Reincke.

Die Schleswiger Bürgerschaft unterstützt die putschenden Offiziere. In der vierten Reihe hat Landrat Karl Werther mitunterzeichnet (STA SL XV d).

den Oberpräsidenten gerichteten Depesche — er spricht vom *„Streikterror“* des Aktionsausschusses — ist mehrdeutig und macht klar, welche Seite seine Sympathien besaß. Zudem befindet sich seine Unterschrift auf dem Bürgeraufruf zur Bildung des zum Schutz des Schlosses aufgestellten Zeitfreiwilligenkorps, und er stand in ständigem telegraphischen Verkehr mit dem Oberpräsidium, wobei er seine Entrüstung über die Aktivitäten des Aktionsausschusses und der Volkswehr nicht verhehlte. So hieß es in seinem Telegramm vom 17. März:

„In Schleswig, Bürgerstreik, 2 Bürger roh mißhandelt. Einigungsverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitneh-

mern eingesetzt. Von Kiel aus verbreitetes Flugblatt mit Überschrift, die Wahrheit über die Lage, hat Beunruhigung geschaffen. Durch Streik wurden selbst die Milchzüge auf der Kreisbahn unmöglich. Auf einzelnen Höfen Landarbeiterstreiks, sonst alles ruhig."[52]

Zur Beruhigung der Situation ist er nirgendwo eingeschritten, auch an den Verhandlungen zwischen Aktionsausschuß und Unteroffizieren war er gänzlich unbeteiligt, obwohl doch sein Dienstsitz in Luftlinie nur knapp 400 Meter vom Schloß entfernt lag. Dennoch hatte er sich zu Verfehlungen hinreißen lassen, die das Innenministerium dazu veranlaßte, einen Verweis auszusprechen. Hierin hieß es, daß es zwar *„keinen Anhalt"* dafür gibt, daß Werther den Putsch unterstützt habe, die Untersuchung habe jedoch zweifelsfrei *„die bedauerliche Tatsache"* ergeben, daß er ohne Druck Bekanntmachungen des Putsch-Oberpräsidenten Lindemann, *„der sich, wie ihm bekannt sein mußte, die Gewalt des Oberpräsidenten gesetzwidrig angemaßt hatte, veröffentlicht hatte"*. Nach der durchaus glaubwürdigen Zeugenaussage des DDP-Stadtverordneten Klemmer, der in den Märztagen für kurze Zeit verhaftet worden war, hatte Werther den Schleswiger Kaufmann Lohse dazu gezwungen, im Schaufenster seines Geschäfts im Lollfuß die Ankündigung Lindemanns vom 15. März aufzuhängen. Ebenso wurden in der Schleswiger Sparkasse auf seine Veranlassung hin Plakate der Putschisten aufgehängt.[53]

Werthers Verfehlungen waren jedoch gegenüber dem Verhalten seines Flensburger Kollegen Wallroth weit weniger gravierend. Bei den aufkeimenden Landarbeiterstreiks im östlichen Angeln scheint er im Gegensatz zu Wallroth nämlich nicht aktiv geworden zu sein. Dies jedenfalls dokumentierte der Buckhagener Gutsvorsteher von Schiller in einer kritischen Äußerung gegenüber Wallroth am 18. März, als er festhielt, daß im östlichen Teil des Schleswiger Landkreises sogar „Bauernstellen" bestreikt und überall Streikposten aufgestellt worden seien. Landrat Werther habe aber nicht reagiert — er habe versäumt, *„beruhigende Nachrichten auszustreuen, was immer günstig auf die Bevölkerung wirkt"*.[54] Die bei der geringen Verfehlung trotzdem gegen Werther ausgesprochene Disziplinarverfügung verdeutlicht andererseits nochmals, daß Landrat Wallroth wegen seiner Teilnahme an den Verhandlungen über die Grenzregulierung in Paris erheblich von Außenminister Köster gedeckt wurde.

Auch in der Schleistadt Kappeln, in der sich unter Führung des sozialdemokratischen Ortsvereinsvorsitzenden Max Bornschein ein Arbeiterkomitee zur Abwehr des Putsches gebildet hatte und seit dem 15. März sämtliche Geschäfte bestreikt wurden, hatte Werther nicht eingegriffen.[55] Hier hatte sich überdies die erst im August 1919 gebildete Stadtwehr, die sich zunächst als rein bürgerliche Selbstschutzorganisation unter Ausschluß der Sozialdemokraten verstand und nach entsprechenden Eingriffen durch den Landrat ordnungsgemäß als eine alle gesellschaftlichen Kräfte umfassende Wehr installiert wurde, gespalten. Der Stadtwehrführer Kock bezog beim Putsch öf-

[52] LAS 301 Nr. 5713 (Telegramm vom 17.3.1920, 11.50 Uhr).

[53] LAS 301 Nr. 4457 (Untersuchungsbericht vom 13.10.1920). Lohse soll dieses Plakat, nachdem Werther den Laden verlassen hatte, sofort wieder abgenommen haben.

[54] LAS 320 Fl Nr. 1160 (Schreiben vom 18.3.1920).

[55] U.a. mußte der in Kappeln erscheinende Schleibote sein Erscheinen aufgrund des Generalstreiks zwischen dem 15. und 19. März einstellen.

fentlich Stellung für den Umsturz. Zusätzlich wurde geplant, ein Maschinengewehr an einem strategisch wichtigen Platz aufzustellen. In Kappeln standen sich somit Arbeiter und konservative Bürger unversöhnlich gegenüber, so daß die schon im August 1919 kolportierte Ansicht des Kappelner Bürgermeisters: *„Die sozialdemokratische Partei bringt dem Führer Kock, die Stadtwehr dem Wehrausschußmitglied Bornschein kein Vertrauen entgegen"*, sicher nicht übertrieben war.[56]

Wesentlich konsequenter war dagegen das Verhalten des Schleswiger Bürgermeisters Behrens, der schon am 15. März gegenüber dem zu den Putschisten übergelaufenen Regierungspräsidenten Pauli erklärt hatte, daß er *„auf dem Boden der Verfassung"* stehe. Daraufhin war er sogar im Schloß erschienen, um die Offiziere von der Ungesetzlichkeit des Vorhabens zu überzeugen und in der Sache zu vermitteln. Vergeblich versuchte er zudem, die Freilassung Eduard Adlers zu erreichen, den er für die Beruhigung der Lage in der Stadt für unentbehrlich hielt. Auch am 17. März verhandelte er nochmals mit dem Garnisonskommando und dem Regierungspräsidenten, um die Genehmigung für eine öffentliche Versammlung am 18. März zu erreichen, auf der über die Fortsetzung des Generalstreiks beraten werden sollte.[57]

[56] LAS 320 SL-L Nr. 315 (Bericht vom 23.8.1919); Zu den Ereignissen beim Putsch im März 1920: LAS 320 SL-L Nr. 137 (Bericht Oberpräsident und Landrat vom 7.6.1920) und LAS 301 Nr. 5713; Hinzuweisen ist darauf, daß sich kaum eine der im Lande gebildeten Einwohnerwehren beim Kapp-Putsch im Sinne ihrer Ziele, der Verteidigung der demokratischen Staatsordnung, bewährt hatte, wie Oberpräsident Kürbis am 29.3.1920 der Zentralstelle für Einwohnerwehren in Berlin mitteilte (LAS 301 Nr. 2445).

[57] LAS 301 Nr. 5713 (Bericht Behrens vom 8.4.1920).

Aufruf des Schleswiger Magistrats beim Kapp-Putsch vom 15.3.1920 (STA SL XV d).

An die

Bevölkerung Schleswigs!

Zeitungsnachrichten zufolge ist in der Reichshauptstadt eine Umsturzbewegung eingeleitet, deren Folgen noch nicht zu übersehen sind, die aber die Gefahr in sich birgt, daß sich daraus erneut innere Unruhen entwickeln.

Die städtischen Kollegien stehen auf dem Boden der Verfassung und richten an die Einwohner aller Parteirichtungen die dringende Bitte, alles zu vermeiden, was auch in unserer friedlichen Stadt, die Dank der Besonnenheit der Einwohner bisher vor jeder Störung der öffentlichen Ordnung bewahrt geblieben ist, unheilvollen Bürgerkrieg entfachen könnte.

Wir bitten zu der Stadtverwaltung das Zutrauen zu hegen, daß sie wie bisher, die Ordnung aufrecht erhalten wird.

Gegen Unruhestifter jeder Art wird nachdrücklichst eingeschritten werden.

Der Magistrat. **Die Stadtverordnetenversammlung.**

Beim Kapp-Putsch in Flensburg brechen alte Gegensätze wieder auf

Auch die Stadt Flensburg, die zum gleichen Zeitpunkt in der heißen Phase des Abstimmungskampfes steckte, wurde zumindest am Rande vom Putsch in Berlin betroffen. Auf Anordnung der Internationalen Kommission mußte Oberbürgermeister Hermann Todsen am 24. Januar 1920 seinen Posten ebenso niederlegen wie der zweite Bürgermeister und Polizeichef Poppe, der aber als Beamter im Dienst der Stadt bleiben durfte. An ihre Stelle traten als Bürgermeister der Kaufmann Karl Holm und als Polizeichef der ehemalige Sozialdemokrat Waldemar Sörensen, der schon in der Revolutionsperiode diese Position innehatte, sich aber im Frühjahr 1919 von seiner Partei abwandte und für den Anschluß an Dänemark votierte. Zugleich verließen am selben Tag die letzten Reichswehrtruppen die Stadt. Die städtische Verwaltung unterstand somit der Internationalen Kommission, und ihr war zudem auferlegt, sich politisch neutral zu verhalten.[58]

Als die ersten Nachrichten aus Berlin am Abend des 13. März in der Fördestadt eintrafen, versuchten die Dänen hieraus unmittelbaren Gewinn zu ziehen und veröffentlichten am 14. März in ihrer Agitationsschrift *„Unser Land"* einen

[58] Todsen mußte am 30. Januar die Stadt verlassen, er konnte erst am 23. März zurückkehren und durfte seinen Posten am 6. Mai nur als Beauftragter der Internationalen Kommission wieder antreten. Vgl. Hierzu: Verwaltungsbericht der Stadt Flensburg 1911-1926, Flensburg o.J., S. 8 ff.

UNSER LAND

Nr. 42. | Sonntag den 14. März. | 1920.

Die republikanische Regierung ist gestürzt.

Noske, Ebert und Bauer sind geflüchtet.

Der reaktionäre Generallandschaftsdirektor v. Kapp,
der erbitterste Feind des Proletariats
steht am Ruder.

Generalstreik ist proklamiert.

Alles Reden von Arbeitertreiheiten
ist von heute ab Bluff.

Wer in Zukunft unter demokratischen Verhältnissen leben will,

muss

für Dänemark stimmen!!

Dänischer Aufruf zum Kapp-Putsch am 14.3.1920 (SM 55, 1979, S. 59).

Aufruf mit der Aufforderung, daß derjenige, der auch zukünftig *„unter demokratischen Verhältnissen leben"* wolle, für Dänemark stimmen müsse.[59] Auf bürgerlicher deutscher Seite hingegen begrüßte der im Deutschen Ausschuß führende Pastor Johannes Schmidt-Wodder den Putsch und sprach sich am 14. März in der „Neuen Tondernschen Zeitung" lobend über die Absicht Kapps und seiner Helfer aus.

Ebenso eindeutig waren die Reaktionen der bürgerlichen „Flensburger Nachrichten", die zwar Kritik an der Art des Vorgehens äußerten, den Putschisten aber lautere Absichten unterstellten.[60] In ihrem Leitartikel vom 16. März wurde der gewaltsame Umsturz abgelehnt, weil dieser nur neue Unruhen heraufbeschwören und die zwischenzeitlich *„eingetretene Gesundung des Alltagslebens erheblich stören"* würde. Die an diesem Tag überall kolportierten, jedoch falschen Meldungen, daß Putschisten und Regierung in Verhandlungen eintreten wollten, wurden freudig begrüßt.

„So wird man den dringenden Wunsch hegen müssen, daß die Berliner Usurpatoren sich dazu verstehen, ihrerseits einzulenken und sich mit den Zusicherungen zu begnügen, die sich unabweisbar aus der Lage ergeben. Denn auch die alte Regierung darf sich, trotz ihres formalen Rechts, nicht auf einen strikt abwartenden Standpunkt stellen, nachdem die Situation sich in der bisherigen Weise zugespitzt hat, sondern muß sich zu Zugeständnissen an eine Bewegung verstehen, die doch ohne Zweifel größere Teile der Bevölkerung hinter sich hat."

Da sich der Reichstag in zahlreichen Fällen als unfähig erwiesen habe, forderte die Zeitung nicht nur *„sofortige Neuwahlen"* sondern auch *„die Ersetzung bloßer waschechter Parteimänner durch wirklich tüchtige und sachverständige Männer in den Minister- und Verwaltungsposten"*. Dabei sprach sie die Hoffnung aus, daß die preußische Beamtenschaft zum Garanten des Neuanfangs werden möge und erwartete *„vom guten politischen Sinn gerade der konservativen Kreise, daß sie hemmend und vermittelnd und nicht schürend in diese Krise eingreifen und die Auffassung des Auslandes widerlegen, daß letzten Endes monarchistische Elemente und Tendenzen bei der Sache im Spiel seien"*.[61] Doch gerade die Beamtenschaft war, wie gezeigt, in erheblichem Umfang in den Putsch involviert.

Der Kapp-Putsch bewirkte, daß unmittelbar nach der Abstimmung in der zweiten Zone am 14. März die letzten nur mühsam aufrechterhaltenen Gemeinsamkeiten zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie in Flensburg schwanden. Ungeachtet des Vorpreschens von Pastor Schmidt-Wodder waren der „Grenzbund" und der „Deutsche Ausschuß" noch zu der Übereinkunft gelangt, den Putsch zu ignorieren, um die nationale Entscheidung nicht zu gefährden.

Am 16. März veranlaßte der Deutsche Ausschuß jedoch die Veröffentlichung eines Telegramms des Putsch-Oberpräsidenten Lindemann in den „Flensburger Nachrichten", in dem dieser seine Glückwünsche zum Ergebnis aussprach, sich für die geleistete Arbeit bedankte und auch zukünftig auf *„treue Mitarbeit"* vertraute.[62] Die Sozialdemokraten waren empört.

[59] Hierzu: Sønderjysk Mænedsskrift 55, 1979, S. 59.

[60] FN 15.3.1920.

[61] FN 16.3.1920.

[62] FN 16.3.1920. Im Telegramm heißt es: *„Den Vorkämpfern für Deutsches Recht dankt Schleswig-Holstein für in schwerer Zeit erfolgreich geleistete Arbeit. Ich vertraue auf weitere, treue Mitarbeit"*.

Schon Staatskommissar Adolf Köster hatte die ihm von Lindemann zugehenden Telegramme, in denen er aufgefordert worden war, *„die Abstimmung ungestört, so wie Sie es begonnen haben, weiterzuführen"* ignoriert und sie in Anwesenheit zahlreicher Journalisten zerrissen. Arbeitersekretär Friedrich Bauer sorgte für die Verteilung von „Anti-Kapp-Flugschriften", und Mitglieder der Partei und des von ihm geleiteten Grenzbundes begaben sich unter der Führung von Kösters Sekretär Karl Meitmann nach Schleswig, um am Kampf gegen die Meuterer im Schloß Gottorf teilzunehmen. Die SPD verkündete, daß die bisherige Zusammenarbeit zwischen „Grenzbund" und „Deutschem Ausschuß" beendet sei.[63]

Auch der infolge der Abstimmung vom Dienst suspendierte aber weiterhin in städtischen Diensten tätige ehemalige zweite Bürgermeister Poppe geriet in Verdacht, die Putschisten unterstützt zu haben. Die Sozialdemokraten, die wie deren Fraktionsvorsitzender Haberlandt in der Sitzung der städtischen Kollegien am 26. März erklärte, nur durch die Abstimmung davon abgehalten worden waren, gegen den Umsturz aktiv vorzugehen, erhoben schärfsten Protest. Wie von Poppe und den ihn verteidigenden Magistratsmitgliedern zugegeben wurde, hatte er versucht, die im Rathaus aufgenommenen Telegramme der Putschisten über die Zeitungen in die Öffentlichkeit zu bringen. In einer von den Sozialdemokraten Wilhelm Haberlandt, Ernst Erfurth und Ferdinand Grabein an den Magistrat gerichteten Initiative wurde nunmehr gefragt, ob diese Aktion von Seiten des höchsten städtischen Gremiums gedeckt würde. Außerdem wurden Konsequenzen gefordert, *„um auch nur den Schein der Begünstigung der Förderung des Hochverrats zu ahnden bzw. in Zukunft zu verhindern"*.[64] Für den Magistrat antwortete der kommissarische Bürgermeister Holm und stellte klar, daß die Magistratsmehrheit Poppes Verhalten geschlossen mittrage. Die Weiterleitung der Depeschen geschah deshalb, um *„dem völligen Mangel an Nachrichten aus dem Reich"* abzuhelfen und *„um auf die vielen Ortsfremden beruhigend"* einzuwirken. Im Übrigen aber verurteile er den Putsch als *„verbrecherisches Unternehmen"*. Poppe habe keinesfalls die Absicht gehabt, politisch zu beeinflussen und habe zudem im vollkommenen Einverständnis mit dem Magistrat gehandelt, da er genau wußte, *„daß er als einzelnes Magistratsmitglied nichts unternehmen durfte, ohne sich zum mindesten mit den anderen Herren darüber zu beraten"*.

Der der Deutschen Volkspartei angehörende Stadtverordnetenvorsteher Löhmann nahm Poppe gleichfalls in Schutz und verurteilte wie seine Vorredner den Putsch *„und zwar insbesondere insofern, als gerade eine wünschenswerte Klärung der Lage im Reich eingetreten war"*.[65] Nachträglich könnten immer sehr schnell Verdächtigungen ausgestreut werden, wichtig sei einzig und allein die Tatsache, daß der Magistrat Poppes Vorgehen decke.

Wilhelm Haberlandt als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion konnten diese Antworten nicht besänftigen, und er erneuerte seine Vorwürfe. Die betreffenden Telegramme seien

[63] Meitmann, S. 159 (Anm.4); Bauer, S. 187 f (Anm.14).

[64] FN, 27.3.1920.

[65] Dagegen Lehmann (Anm. 5, S. 273), der Löhmann attestiert, den Putsch *„auf das schärfste verurteilt"* zu haben. Löhmanns Stellungnahme vor der Stadtverordnetenversammlung war indes nicht mehr als ein Lippenbekenntnis und zugleich typisch für die Haltung des konservativen Bürgertums und der dieses repräsentierenden Parteien DVP und DNVP, deren Kritik sich oft nicht an den Zielen sondern am Zeitpunkt des Staatsstreiches entzündete.

Wilhelm Haberlandt (1878-1941), Flensburger SPD-Vorsitzender von 1905 bis 1933 und Parteisekretär im 1. Unterbezirk Flensburg-Schleswig-Husum-Tondern. (STA FL)

zwar nicht veröffentlicht worden, doch dies sei nur aufgrund der Initiative der Volkszeitungsredaktion unterblieben, die bei den anderen Zeitungen interveniert habe. Wäre dies nicht geschehen, so wäre insbesondere die Arbeiterbevölkerung beunruhigt worden, u.a. durch das über Telegramm verbreitete Gerücht, *„daß die Arbeiter von der Landwirtschaft ausgehungert würden, wenn sie nicht den Generalstreik einstellten"*.

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse verzichtete die SPD-Fraktion jedoch auf einen Antrag, in dem das Verhalten gerügt wurde. Es blieb bei dem verbalen Protest. Eine direkte Begünstigung der Putschisten konnte Poppe nicht nachgewiesen werden und wäre wahrscheinlich auch am Sachverhalt vorbeigegangen. Interessant aber ist, daß der Magistrat sein Vorgehen deckte und argumentierte, daß es in Flensburg nur wenige Informationen über den Putsch gegeben habe. Dies aber erscheint ebenso wenig glaubwürdig wie die schon erwähnten Einlassungen von Landrat Wallroth. Die Flensburger Zeitungen hatten sehr wohl über die Ereignisse berichtet sowie Kommentare verfaßt. Ob die Öffentlichkeit aus der Bekanntgabe von Telegrammen und Aufrufen des Putsch-Oberpräsidenten

Lindemann oder der Marine-Ostseestation Nutzen gezogen hätte, muß bezweifelt werden.

Verbitterung der Arbeiter und Triumph der Republikgegner

Nicht nur im nördlichen Schleswig-Holstein, auch in den anderen Landkreisen erwiesen sich die Behörden und deren Spitzenbeamte zum Teil als äußerst unzuverlässig. Auch wenn die Putschisten nicht direkt unterstützt wurden, so ließ die Haltung der Landräte oft das klare Bekenntnis zur Republik, der sie wenige Monate zuvor die Treue geschworen hatten, vermissen. Weder die belasteten Beamten noch die bei den Kämpfen in Kiel und Schleswig beteiligten Offiziere wurden zur Rechenschaft gezogen. Sie waren, wie Schleswigs späterer Bürgermeister Hermann Clausen für seine Stadt festhielt, *„Rebellen gegen die rechtmäßige Regierung"*.[66] Die Nichtbestrafung der Täter und Mitläufer mußte die Arbeiterbevölkerung, die durch ihren Einsatz wesentlich zur Niederschlagung des Putsches beigetragen hatte, verbittern. Profitiert hatten nicht die demokratischen Verteidiger der Republik, sondern, wie Rietzler unter Einbeziehung des Ergebnisses der Reichstagswahlen in der Provinz im Februar 1921 richtig betont hat, paradoxerweise neben der von den enttäuschten Arbeitern gestärkten politischen Linken insbesondere jene Kräfte, *„die ideologisch und in ihrem politischen Handeln nach den Verschwörern näherstanden als der Weimarer Verfassung"*.[67]

Insgesamt haben aber die deutsche Politik und Justiz, insbesondere die führenden Sozialdemokraten, die durch die Aktivitäten der Putschisten von den Schaltstellen der Macht weggefegt werden sollten, bei der Verfolgung der Straftäter versagt. Auch die im Reichstag vollmundig angekündigte strenge Bestrafung der Rädelsführer wurde zu einer Farce. So wurden die Verfahren gegen die Hauptbeschuldigten in der Provinz, von Levetzow, Major Winterfeld, Oberbürgermeister a.D. Lindemann und Landrat a.D. von Löw aufgrund der von Reichspräsident Ebert ausgesprochenen Amnestie vom 4. August 1920, die sich in erster Linie auf mögliche Vergehen der politischen Linken bei der Verteidigung der Republik beziehen sollte, eingestellt. Die am 6.Mai angeordnete Beschlagnahme ihres Vermögens wurde aufgehoben. Das Reichsgericht erklärte, daß sämtliche Beschuldigte *„weder Urheber noch Führer eines hochverräterischen Unternehmens im Sinne des § 1, Abs 2 des Gesetze über die Straffreiheit vom 4.8.1920 gewesen"* seien. Im Jahre 1922 waren von 705 der Teilnahme am Putsch verdächtigten Männern 412 Straftäter amnestiert, 109 Täter starben oder konnten sich der Strafverfolgung durch Flucht entziehen. In 176 Fällen war das Verfahren eingestellt worden, nur ein prominentes Mitglied der Kapp-Regierung, der als Innenminister fungierende ehemalige Berliner Polizeipräsident Traugott von Jagow wurde zu einer Haftstrafe von 5 Jahren Festung verurteilt. Von 775 beschuldigten Offizieren in Heer und Marine wurden lediglich 48 aus dem Dienst entfernt, in 186 Fällen wurde das Verfahren eingestellt, die vor Gericht gestellten Offiziere wurden zu insgesamt nur 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Konteradmiral von Levetzow befand sich ebenso in Freiheit wie

[66] Clausen, S. 28 (Anm. 4).
[67] Rietzler, S. 127 f (Anm. 3).

Major Winterfeld, General Lettow-Vorbek und der Hamburger Garnisonsälteste von Wangenheim. Unbelastet blieben auch Paul Lindemann, Ex-Landrat von Löw und Regierungspräsident Pauly.[68]

Die von Eduard Adler angeprangerte Weitergabe der Putschisten-Aufrufe in Schleswig-Holstein wurde zwar in den Untersuchungen als Vergehen eingeschätzt, jedoch mit Floskeln etwa der Art, daß sie nur für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gesorgt hätten, konnten sich die Landräte zumeist herausreden und blieben ungeschoren. Doch gerade die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung der Polizei und den zu den Putschisten übergelaufenen Militärs zu überlassen, bedeutete objektiv gesehen die Preisgabe der demokratische Verfassung und der Reichsregierung.[69] Die Verfahren wurden sowohl auf Druck des Innenministeriums oder des zum rechten Parteiflügel der SPD zählenden Oberpräsidenten Heinrich Kürbis, bisweilen aber auch nach Fürsprache sozialdemokratischer Kreistagsmitglieder im Sommer 1920 eingestellt.[70]

Nach wie vor wurden die Gefahren, die der jungen Republik von links her drohten als gefährlicher eingestuft als die Machenschaften der restaurativen und republikfeindlichen Kräfte. Die Hilfe der Reichswehr schien dringend geboten, zumal der gegen die Putschisten ausgerufene Generalstreik so machtvoll befolgt wurde, daß die Kommunisten hierin schon die zweite Revolutionswelle sahen und im Verlauf der Unruhen im Ruhrgebiet eine 50.- 80.000 Mann starke „Roten Armee" gebildet wurde, die die gesamte Region östlich von Düsseldorf und Mülheim unter ihrer Kontrolle hatte.[71] Zahlreiche Arbeiter wurden verhaftet und verurteilt und ihnen wurden zudem berechtigte Schadensersatzansprüche verweigert.[72] Ob z.B. die Familie des vor dem Schloß Gottorf getöteten Lederarbeiters

Soziald. Ortsverein Schleswig.

Bei den Kämpfen am 18. März um das Schloß Gottorp fiel für Freiheit und Recht unser Genosse, der Lederarbeiter 4101

Heinrich Fabian.

Die Genossen werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Ortsverwaltung.

Todesanzeige für den bei den Kämpfen um Schloß Gottorf getöteten Schleswiger Lederarbeiter Heinrich Fabian (SHVZ 23.3.1920).

Fabian solche Ansprüche durchsetzen konnte, ist nicht bekannt. Einem gleichfalls bei den Schießereien verletzten Jugendlichen, dem ein Geschoß das Hüftgelenk zerschmettert hatte, wurde später auf Antrag immerhin eine kleine Rente gewährt.[73]

[68] Vgl. Emil Julius Gumbel, Vier Jahre politischer Mord, Berlin 1922, S. 100 f.

[69] Typisch hierfür ist das Verfahren gegen Landrat Max Kiepert in Plön, der nach der Niederschlagung des Verfahrens nicht sofort wieder in sein Amt eingesetzt wurde, dieses jedoch aufgrund einer Deputation des Kreistages nach achtwöchiger Beurlaubung wieder erhielt. Vgl. die Aufzeichungen von Max Kiepert, Die Arbeit des Landrats, Berlin 1935, S. 127 f; Vgl. zur nachträglichen und verfehlten Aufarbeitung des Putsches durch die deutsche Justiz auch: Heinrich Hannover, Elisabeth Hannover-Drück, Politische Justiz 1918-1933, S. 76-104.

[70] Zur Rolle von Kürbis vgl. Rietzler, S. 88 f (Anm. 3).

[71] Zu den Kämpfen im Ruhrgebiet vgl. die eindrucksvolle Studie von Erhard Lucas, Märzrevolution 1920, 3 Bände Frankfurt 1970-1978.

[72] Vgl. allg. Hannover, S. 95 ff (Anm. 70).

[73] Vollertsen, S. 154 (Anm. 4).